

Wortprotokoll und Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Schulausschusses

Sitzungsdatum: 04. Dezember 2014
Sitzungsort: Haus der Sports, Schäferkampsallee 1, Hamburg
Alexander-Otto-Saal
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 21:02 Uhr
Vorsitz: Abg. Wolfhard Ploog (CDU)
Schriftführung: Abg. Lars Holster (SPD)
Sachbearbeitung: Sabine Dinse

Tagesordnung:

1. Drs. 20/9580 Stärkung des Gymnasiums: Zehn-Punkte-Programm für eine qualitative Weiterentwicklung des G8 (Antrag CDU)
hier: Öffentliche Anhörung nach Paragraph 59, Absatz 1

2. Drs. 20/9580 Stärkung des Gymnasiums: Zehn-Punkte-Programm für eine qualitative Weiterentwicklung des G8 (Antrag CDU)
Hier: Auswertung der Öffentlichen Anhörung nach Paragraph 59, Absatz 1

3. Islamisten und Salafisten an Hamburger Schulen (Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

4. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)
Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Jan-Hinrich Fock (SPD)
Abg. Robert Heinemann (CDU)
Abg. Lars Holster (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Wolfhard Ploog (CDU)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Andrea Rugbarth (SPD)
Abg. Dr. Walter Scheuerl (fraktionslos)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

II. Weitere Abgeordnete

Abg. Kazim Abaci (CDU)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr	Senator	Ties Rabe
Herr	Staatsrat	Dr. Michael Voges
Frau	Ltd. Oberschulrätin	Elisabeth Rüssmann
Herr	Ltd. Oberschulrat	Dr. Michael Just
Herr	wiss. Angestellter	Kurt Edler
Frau	wiss. Angestellte	Susanne Junge
Herr	Regierungsamtmann	Matthias Bierkarre
Frau	Oberregierungsrätin	Claudia Schilling

IV. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Sabine Dinse

V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

25 Personen

Zu TOP 01

Vorsitzender: Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen Anhörung des Schulausschusses, "Stärkung des Gymnasiums: Zehn-Punkte-Programm für eine qualitative Weiterentwicklung des G8". Ich begrüße die Ausschussmitglieder, ich begrüße Vertreter des Senats. Für mich ein bisschen befremdlich, lassen Sie mich das sagen, dass wir aus der zweiten Reihe heraus agieren müssen. An sich machen wir hier die Anhörung, nicht der Senat, aber der Senat hat den

Wunsch, mit Ihnen von Angesicht zu Angesicht zu sprechen, oder Sie mindestens wahrzunehmen, und dem will ich nicht im Wege stehen. Das ist sehr wichtig, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, Herr Senator.

Senator Rabe: Wir können auch die Seiten tauschen, wenn Ihnen das lieber ist.

Vorsitzender: Nein, lassen Sie mal so, wie es ist. Wissen Sie, es gibt Schlimmeres. Wir machen das wie folgt: Es geht nach unserer Geschäftsordnung: Ich lese Ihnen das mal vor. Dass ich Ihnen während der Anhörung das Wort gebe, soweit Sie zu dem zur Erörterung stehenden Gegenstand eine sachliche Auskunft geben möchten. Die Anhörung ist beendet, wenn sich niemand mehr zu Wort meldet. Wir machen das wie folgt: Auf den Sitzen, auf dem eigenen oder daneben, gibt es Wortmeldezettel, und ich darf Sie bitten, die auszufüllen und bei Frau Dinse, unserer Protokollantin, abzugeben. Und ich werde dann in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erteilen, und darf Sie dann bitten, unter Benutzung der Mikrofone das vielleicht zu tun, und vor allem vorher laut und deutlich Ihren Namen noch einmal zu nennen. Da ist schon die erste Wortmeldung, aber nicht zur Sache.

(Eine Bürgerin: Ganz kurz nur zur Sache. Ich habe die Frage, ob man nur Aussagen machen darf, oder ob man auch Fragen stellen darf?)

Vorsitzender: Sie dürfen auch Fragen stellen. Dann mache ich das jetzt mal von hier aus so weiter. Bevor wir dann einsteigen in das Verfahren, meine Frage an die Fraktionen, ob sie vorab noch ein kurzes Statement geben möchten oder nicht? Das ist nicht der Fall. Gut, das wird dann nicht sein. Dann beginnen wir gleich. Ich schlage vor, dass wir, jedenfalls für den Teil der Anhörung, ein Wortprotokoll führen. Ist das so beschlossen? Das ist so beschlossen, Frau Dinse.

Dann rufe ich auf, ich nehme an, es ist Frau Kirsch, als erste Wortmeldung. Lesen kann ich das nicht ganz, was Sie geschrieben haben, zu welchem Thema, aber bitte schön.

Frau Kirsch: Vielen Dank. Ich war eigentlich die Letzte. Es ist etwas in Eile, deswegen ist das nicht so gut lesbar. Guten Tag. Mein Name ist Mareile Kirsch, ich war Initiatorin des Volksbegehrens – einige von Ihnen kennen mich – für die Verlängerung der Schulzeit auf 13 Schuljahre. Und wir haben 40 000 Unterschriften gesammelt und sind jetzt gerade dabei, eine Wählergemeinschaft zu gründen. Und das ist auch das Thema meines Einstiegs. Wir haben nämlich jetzt beim Sammeln der Unterschriften für diese Wählergemeinschaft wieder sehr viel Kontakt mit den Bürgern auf der Straße, und da sind mir zwei Begebenheiten zugestoßen, die diesen Antrag der CDU heute sehr direkt berühren.

Das eine war ein Markt in Poppenbüttel, wo ein Herr auf mich zustürzte und sagt: Endlich sehe ich Sie mal, wo waren Sie die ganze Zeit? Ich wollte hier schon immer mal für das G9 unterschreiben. Ich bin Fußballtrainer, und bei uns bleiben die Jungs aus, es ist keine Zeit mehr, Fußball zu spielen. Und dann habe ich ihm erzählt, dass zu meinem Bedauern jetzt sogar die CDU noch die zwei langen Tage, die wir jetzt schon haben, auf vier lange Tage ausdehnen will. Und daraufhin hat der Herr unsere Unterschriftenzettel unterschrieben und hat nur noch mit dem Kopf geschüttelt und ist verstummt.

Eine zweite Situation war auch vor zwei Tagen, vor einer Grundschule in der Osdorfer Landstraße, wo eine Mutter erst an mir vorbeistürzte, weil sie ihr Kind abliefern wollte und es irgendwie sichtlich sehr eilig hatte, dann aber doch noch mal von der Ampel zurückkehrte und sagte, ich muss es Ihnen noch mal sagen, ich möchte Sie ganz unterstützen, ich bin da eben ein bisschen zu schnell gewesen. Für mich gilt das Motto von JAKO-O, das ist ein Kinderkleider-Versandladen, das heißt: Lasst Kinder einfach Kinder sein. Das ist mir so wichtig. Ich bin Mutter von drei Kindern, ich erlebe das jetzt in der siebten Klasse des Gymnasiums, was diese wenige Zeit für die Kinder bedeutet, insbesondere für Jungs, wie

wenig Zeit denen eigentlich einfach bleibt. Mein Junge ist sehr begabt, er schafft das gut, aber die Zeit fehlt ihm trotzdem, und ich möchte, dass er Kind sein darf.

Wir wollen nicht verstummen wie dieser Fußballtrainer, sondern wir Eltern klagen und engagieren uns weiter für etwas, was 40 000 Menschen in dieser Stadt unterschrieben haben und was auch nicht unter den Tisch gekehrt werden darf, als Wählergemeinschaft, und was durch diesen Antrag hier extrem angegriffen wird, nämlich die Freiheit von Kindern, das elterliche Wahlrecht, die Wahlfreiheit zwischen Familienmodellen. Das ist übrigens eine Forderung, die insbesondere die CDU in der Vergangenheit noch vertreten hat, was viele von uns, mich eingeschlossen, veranlasst hat, die CDU lange Zeit zu wählen. Ich war sogar Mitglied dieser Partei, bin dann ausgestiegen. Und es geht um Artikel 6 Grundgesetz, die elterliche Erziehungshoheit.

Wir haben einen Brief verschickt in unserem Elternkreis, wo wir diese Punkte des Antrags aufgeführt haben und kritisch kommentiert haben, sehr sachlich, wie ich fand. Daraufhin gab es ein Schreiben von der schulpolitischen Pressesprecherin, Frau Prien, der CDU, in unserem Elternverteiler und in anderen Elternverteilern, unaufgefordert. Und da war dann die Rede davon, es seien Horrorszenarien, die Forderung von verpflichtenden Ganztagschulen gegen den Willen sind Horrorszenarien, sagte sie. Das finden wir auch. Nur sie meinte nicht ihren Antrag, sondern unsere Kritik an diesem Antrag. Ich möchte auf diese Polemik gar nicht näher eingehen, denn es gibt hier ernsten Anlass zur Sorge, und ich finde jede Polemik und Streiterei oder ironische Bemerkungen über den Anlass dieser Sorge völlig unangebracht, Frau Prien. Es geht um den Antragstext Ihres Antrags, den Sie ja selber zu verantworten haben. Darin ist die Rede davon, dass Gymnasien nach Bedarf aus Ganztagschulen, gebundenen Ganztagschulen, weiterentwickelt werden sollen. Was bedeutet das eigentlich? Wer stellt denn diesen Bedarf fest? Das wird bei Ihnen gar nicht erwähnt. Es ist eine Aufforderung an den Senat, sodass man vermuten muss, dass sozusagen das handelnde Organ, nämlich die Behörde, diesen Bedarf dann feststellen soll.

Mit dieserlei Anträgen und Vorgehensweisen haben wir Eltern schon sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Deswegen ist es umso ernster, dieser Antrag, wir nehmen den sehr, sehr ernst, weil es nämlich eine Gefährdung dessen ist, wofür ich stehe und wofür viele Eltern in Hamburg stehen, insbesondere diese 40 000 Eltern, die das G9 gefordert haben. Also die meisten davon waren Eltern. Sie stellen sozusagen deren Forderungen ironisch auf den Kopf. Sie schreiben selber, diese Eltern hätten zwei lange Tage beklagt, kritisiert, 34 Wochenstunden. Was machen Sie? Sie verdoppeln das Ganze. Stattdessen vier lange Tage und 48 Wochenstunden sollen Kinder jetzt in den Schulen verbringen. Sie sagen nun, das sei gar nicht so gemeint, Sie hätten in Wirklichkeit den Elternwillen ja in Ihrem Antrag mit vorgesehen, und deswegen müssten wir uns eigentlich gar keine Sorgen machen. Nur frage ich mich, warum haben Sie es dann nicht reingeschrieben, wenn Sie das meinen? Also wir sind keine Gedankenleser. Und wir wissen alle, dass die SPD auch gerade so einen Antrag gestellt hat. Das heißt, hier wird von zwei Seiten der Plan ins Auge gefasst, die Gymnasien und auch überhaupt alle Schulen in Hamburg in verbindliche Ganztagschulen zu verwandeln. Dieses ist in Ihrem Antrag genauso festgehalten, das wird sogar noch erhärtet durch den Punkt 2 Ihres Antrags, in dem steht, alle Gymnasien sollten mit bedarfsgerechten Kantinen, Rückzugsräumen und Arbeitsplätzen für Schüler und Lehrer ausgestattet werden und angemessenen, rhythmisierten Ganztagskonzepten. Was bedeutet das dann? Angemessen rhythmisierte Ganztagskonzepte, das wird so definiert, dass man den Tag – das schreiben Sie hier auch selber in Ihrem Brief – vormittags und nachmittags verzahnt, dass wir den Unterricht mit Erholungsphasen strecken, nämlich über eine gebundene Ganztagschule. Es ist eine andere Definition von gebundener Ganztagschule. Beides bedeutet dasselbe, nämlich eine Verlängerung der Anwesenheit des Kindes durch scheinbar schöne Erholungsphasen. Ob das wirklich gut ist, das sei dahingestellt. Es gibt Studien über Rhythmisierung, wo die Kinder gefragt werden, ausnahmsweise auch mal, die haben klipp und klar gesagt, für uns ist die Erholungsphase dann, wenn wir zu Hause sind, und nicht in der Schule. Und darauf haben Kinder ein Recht, es handelt sich nämlich um ihr Recht auf

Freiheit, insbesondere auch Jugendliche. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor, dass die dann in gebundenen Ganztagschulen sitzen und den ganzen Tag nur noch, ganz in Widerspruch zu allem, was wir an aufgewachsener Tradition haben, an Stadtteilkulturangeboten außerhalb der Schule und Familienleben, nur noch in der Schule sein sollen? Und zu welchen Bedingungen eigentlich?

Wir haben jetzt diese ganze Situation schon einmal vor zwölf Jahren gehabt. Da hat die CDU mit Herrn Schill und dem damaligen Konteradmiral Lange zusammen das G8 eingeführt und kurze Zeit später alle Gymnasien in verbindliche Ganztagschulen für zwei Tage umgewandelt. Die heißen jetzt "besonderer Prägung". Das wurde so umgesetzt, das hat mir damals im Landesausschuss Bildung der CDU ein Schulleiter erzählt, dass die Schulen nur noch die Wahl hatten zwischen gebundener Ganztagschule oder teilgebundener Ganztagschule, eine Version von Halbtagschule war gar nicht mehr vorgesehen. Diese Erfahrung haben wir alle, alle Eltern, gemacht. Wir wissen also, die Eltern wurden nicht gefragt, sie wurden noch nicht einmal informiert. Wenn Sie also irgendwelche tollen Ideen haben über Elternwahlrecht, dann müssen Sie das bitte in Ihren Antrag auch reinschreiben. So, wie es jetzt lesbar ist, bedeutet es wirklich einen Anschlag, und zwar etwas, was Sie in den letzten Monaten immer so ganz vollmundig gerne in den Mund genommen haben, Schulfrieden. Hier ist ein echter Angriff auf den Schulfrieden, der sich da anbahnt. Sie haben das vielleicht schon gemerkt, die Eltern empören sich darüber, dass ihnen dieses Recht genommen werden soll, nämlich selber zu entscheiden, ob ihr Kind Ganztagschule bekommt oder nicht. Das ist auch keine Entscheidung, die eine Schulkonferenz zu treffen hat, das ist im Grundgesetz so festgelegt, das ist eine Entscheidung, die jeder Vater und jede Mutter für ihr Kind einzeln zu treffen hat. Eine Schulkonferenz kann nicht über die Köpfe von Eltern entscheiden, diese Schule hat einen Bedarf. So war es damals, bei dem ersten Teil. So ist es jetzt auch wieder gelaufen bei der GBS-Ganztagschule. Auch da hat man einfach über die Köpfe der Eltern hinweg, teilweise gegen Mehrheitsentscheidungen, die Eltern gezwungen, in den Schulen diese Ganztagschule einzuführen, immerhin noch offene Konzepte, indem man nämlich die Hortplätze abgeschafft hat und es gar keine Wahlmöglichkeit mehr gab. Das heißt, wir sehen hier eine schrittweise Entwicklung zur gebundenen Ganztagschule in Hamburg. Herr Senator Rabe hat das bei verschiedenen Gelegenheiten auch gesagt, dass das sein Plan ist, die Umwandlung der Schulen, der Hamburger Schulen, in gebundene Ganztagschulen, ist sein Ziel. Das lässt sich in verschiedenen Zitaten belegen.

Ich möchte Sie auffordern, diesen Antrag so umzuformulieren, wie Sie es angeblich beabsichtigen, nämlich mit der Wahlfreiheit von Eltern, mit dem Paragraph 13 Schulgesetz. Ich würde mich freuen, wenn Sie darüber nicht lachen würden, es ist eine ziemlich ernste Angelegenheit, und ich versuche, mich hier auch ernst zu verhalten. Mit dem Paragraph 13 Absatz 2a, das Halbtagschulen vorsieht als Angebote in Hamburger Schulen insgesamt, dieses Recht, das haben auch die Eltern an den Gymnasien. Das hat zwar damals, als die Bürgerschaft das beschlossen hat, Ihr Kollege Herr Heinemann noch spöttisch kritisiert, er meinte, da würden ja die Eltern von den Gymnasien jetzt eventuell auf die Idee kommen, Halbtagschule zu verlangen. Ja, das ist ganz unerhört.

Dazu möchte ich im Kern einen kleinen Aufsatz von der "FAZ", einen kleinen Absatz von der "FAZ" vorlesen zu einem Urteil, das gerade das Karlsruher Verfassungsgericht gefällt hat, in anderer Sache, es berührt aber die Elternrechte. Und das ist mir sehr wichtig.

"Eltern haben qua Elternschaft eine verfassungsrechtlich geschützte, primäre Erziehungszuständigkeit und brauchen dafür kein staatliches Zertifikat. Soll davon dispensiert werden, so gelten allerstrengste Begründungs- und Darlegungspflichten. Die Eltern, so bekräftigt es Karlsruhe, 'können grundsätzlich frei von staatlichen Eingriffen nach eigenen Vorstellungen darüber entscheiden, wie sie die Pflege und Erziehung ihrer Kinder gestalten und damit ihrer Elternverantwortung gerecht werden wollen'. Es gehört nicht zur Ausübung des staatlichen Wächteramtes (– und das wird Sie jetzt alle sehr betroffen

machen –), 'gegen den Willen der Eltern für eine bestmögliche Förderung der Fähigkeiten des Kindes zu sorgen'. Das ist allein Aufgabe der Eltern, und das hat der Staat den Eltern nicht zu entziehen."

– Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Frau Kirsch. Dann rufe ich jetzt auf bitte Frau Alexandra Bialas, ans Mikrofon, zu dem Thema "Pflicht Ganztagschule", das haben Sie vorgegeben. Bitte schön.

Frau Bialas: Guten Abend. Alexandra Bialas ist mein Name. Ich bin Mutter eines neunjährigen Jungen. Und Frau Kirsch hat schon sehr ausführlich auch meine Bedenken gegen Ihre Pläne ausgedrückt, und da lässt sich eigentlich nicht mehr so viel hinzufügen. Allerdings möchte ich insbesondere für die Kinder, die sehr viel Sport treiben, sagen, dass jetzt schon die Kinder, die auf dem Gymnasium sind, haben diese Zeit gar nicht mehr dafür. Und viele Kinder, auch insbesondere Jungs, müssten leider mit Sport aufhören. Und da mein Sohn noch auf der Grundschule ist, möchte ich mich noch, so stark ich kann, dafür einsetzen, dass er diese Zeit haben wird. Deshalb habe ich mich auch sehr gerne für das G9 auch engagiert, und werde es weiterhin tun. Ich spreche im Grunde hier für all die Eltern, die ich kenne – mein Sohn spielt nicht nur Fußball, aber auch Tennis –, und ich kenne ganz viele Eltern, die heute alle hier nicht sein können, und ich möchte in deren Namen sprechen, dass wir uns das so, die Kindheit für unsere Jungs und Kinder, nicht vorstellen. Und wir möchten, dass dieser Antrag, so, wie Sie das gestellt haben, dass auch das geändert wird, dass auch ganz klargestellt ist, dass eben nicht dieser Ganztag verpflichtend ist. Wir möchten es auch nicht den Schulkonferenzen überlassen, darüber vermeintlich zu entscheiden, was das Richtige für die Kinder oder für deren Eltern ist. Das ist nicht der Weg, den wir wollen. Und darauf läuft das wahrscheinlich hinaus, und das möchten wir gerne vermeiden. – So, das wäre es dann.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Bialas. – Dann rufe ich zu dem Thema "Ganztagschule Pflicht" Frau Sabine Rammler, bitte, ans Mikrofon.

Frau Rammler: Ja, guten Tag. Mein Name ist Sabine Rammler. Mein Sohn ist in der dritten Klasse zum Glück erst, und ich kann mich meinen beiden Vorrednerinnen nur anschließen, ich möchte das jetzt nicht alles noch mal wiederholen. Was ich auch nicht verstehe, ist der wahre Grund eines Ganztagsgymnasiums, was zur Pflicht werden soll ja anscheinend. Es kann sich ja eigentlich in meinen Augen oder mit den Erfahrungen, die man bislang gemacht hat, wenn was umstrukturiert wurde, wieder nur um Sparmaßnahmen handeln, nicht um Qualitätsverbesserung, sondern irgendwas irgendwie anders hindrehen zu können. Und ich frage mich auch, wie Frau Kirsch schon gesagt hat, wo bleibt noch Zeit für Familie, Zeit für individuelles Lernen, individuelles Dasein? Es ist schon so eine Art DDR light, die hier aufgezogen wird, mit gezwungenem Ganztag. Es gibt auch kaum noch Grundschulen, die nicht verpflichtend oder bindend oder wie auch immer das sind, also offene Ganztagschulen gibt es kaum noch, auch als Grundschule. Von daher frage ich mich, was der wahre Grund ist. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Dann habe ich zu einem weiteren Thema die Meldung von Frau Christina Ernst, "Einbeziehung der Kinder in ihre Entscheidungen/Konzepte", Fragezeichen. Bitte schön.

Frau Ernst: Guten Abend. Mein Name ist Christina Ernst. Ich bin Mutter von zwei Töchtern, Klara, elf, und Julia, neun Jahre alt. Und mich würde mal interessieren, inwieweit Sie in Ihrer Entscheidung und Überlegungen die Meinung der Kinder einbeziehen? Also ich habe heute meine beiden Mädels mal gefragt auf dem Weg nach Hause, und auch wirklich nicht suggestiv, sondern wirklich gefragt, was sie denn davon halten würden, wenn sie von Montag bis Donnerstag bis um vier in der Schule sind und freitags bis um eins. Und ich habe es mir kurz notiert. Klara, die ist elf, die ist im Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium in der sechsten

Klasse. Die meinte, das würde sie ganz blöd finden. Ich habe gefragt, warum denn, dann meinte sie, ich möchte noch Zeit mit meiner Familie verbringen, und ich möchte noch gerne Zeit für Hobbys haben. Sie ist in der sechsten Klasse, sie ist wirklich ein Widder, ein sehr, sehr aktives Kind, aber sie ist auch wirklich erschöpft durch die Schule, das merke ich. Sie hat jetzt jeden Tag bis um halb zwei, einmal bis um zehn nach drei Schule. Klingt jetzt nicht besonders viel, aber sie ist wirklich auch erschöpft. Und das kenne ich von ihr so aus der Grundschulzeit, kenne ich das eigentlich nicht so.

Und Julia ist neun, die ist in der vierten Klasse der Schule Kielortallee. Die meinte, dass sie noch auch Zeit haben möchte für Hobbys. Und sie meinte dann wirklich so – also Klara sagte denn, ja, die wollen das eventuell machen, und Mama fährt da nachher hin –, und da war die spontane Reaktion von Julia wirklich ganz authentisch: Mama, dagegen musst du unbedingt protestieren. Also das kam wirklich so ganz aus dem Herzen der Kinder, und ich glaube, wenn man die Kinder mehr fragen würde, dann würden sie sich das anders einrichten, anders gestalten. Und ich würde mir wünschen, dass Sie die Kinder befragen auch. Weil, die haben häufig ein ziemlich gutes Gefühl für sich selbst und wie sie sich den Tag und das Leben, Freizeit, Schule und so weiter, so einrichten möchten. Und das wäre ein Wunsch von mir, dass Sie die mehr einbeziehen.

Vorsitzender: Danke schön, Frau Ernst. – Dann gebe ich jetzt Herrn Kay Bauer das Wort zum Thema "Gebundene Ganztagschulform für die Gymnasien". Bitte schön.

Herr Bauer: Ja, guten Abend. Mein Name ist Kay Bauer. Ich habe keine Kinder mehr in der Schule, aber ich habe im Laufe meines Lebens immer Kinder- und Jugendgruppen geleitet, ich habe heute noch Kontakt zu Kindern und Jugendlichen. Ich möchte Stellung nehmen zu dem Thema "Gebundene Ganztagschule für das Gymnasium". Ich muss sagen, ich bin erschüttert. Ich bin fast 61 Jahre alt, habe Zeit meines Lebens gewusst, welche Partei ich wähle, die CDU, weil dort Politiker saßen mit gesundem Menschenverstand. Seit der Wiederwahl von Ole von Beust im Jahre 2008 muss ich gestehen, weiß ich nicht mehr, wen ich wählen soll. Das, was die CDU hier vorschlägt, hätte genauso gut von der SPD kommen können, und sogar von den GRÜNEN, erstaunlicherweise. Ich weiß gar nicht, wofür man die CDU dann noch braucht in Hamburg. Aber ich will nicht auf die Politik schimpfen, es geht jetzt um das Thema Ganztagschule.

Kinder- und Jugendgruppen, das wurde schon angesprochen hier, Fußballtrainer und andere Sportarten, vermissen die Kinder in den Vereinen. Damals, als die Stadtteilschulen eingeführt wurden, und als Letztes – Frau Goetsch hat das ja noch gemacht – wurde beklagt, dass einige Eltern ihren Kindern Fechtunterricht und Ballett und, was weiß ich, was da alles bieten könnten, und viele Kinder können das eben nicht. Und seitdem gibt es an den Stadtteilschulen überall Ballettunterricht und Reiten und Gitarre und Klavier, das gibt es heute überall flächendeckend, vermute ich mal. Es gibt immer noch mit den Gymnasien Kinder, die gewisse Fähigkeiten haben, die das auch einbringen können, die das auch leisten können, und vor allen Dingen, die kreativ im Kopf sind, die nicht permanent beschult werden müssen, sondern selber denken können.

Wir hatten früher zwei Schulformen, in denen die Schüler gelernt haben, selber zu denken. Das waren die Gymnasien und es waren die Realschulen. Die Realschulen hat man abgeschafft, jetzt haben wir nur noch Gymnasien, wo Schüler lernen, selber zu denken. Und die Gymnasien sind vorgeschaltet worden – und das hat sich jetzt fast über 100 Jahre bewährt – vor dem Studium. Also müssten die Schüler auf den Gymnasien selber denken lernen, ihren Tageseinsatz, Rhythmus selber ihrem eigenen Biorhythmus entsprechend anzupassen und dort zu lernen, um dann hinterher auch ein gutes Ergebnis am Gymnasium zu erzielen und damit auch eine Studierfähigkeit zu haben. Das G8 ist viel zu kurz. Ich denke immer, dass die Motivation bei der CDU ist, jetzt irgendwie noch Zeit rauszuschinden, um irgendwie den Unterricht zu strecken oder die Unterrichtszeit zu strecken. Herr Rabe hat das ja versucht durch die Verkürzung der Anzahl von Klassenarbeiten und so weiter pro Woche

oder pro Monat. Wir müssen auf das G9 wieder zurückkommen, da führt kein Weg dran vorbei, wie auch immer blockiert Sie in Ihren politischen Parteien und Fraktionen sind. Wir brauchen das einfach für die Entwicklung der Kinder, der jungen Menschen, die heute mit 17 Jahren an der Uni sitzen. Ich habe selber Stimmen gesammelt für G9. Da haben die Studenten unterschrieben, wo wir gesagt haben: Es geht nicht an, dass da Kinder sitzen. Die sitzen als Teenager da mit ihren 17, 18 Jahren, wissen von erst einmal gar nichts – okay, das geht jedem Studenten so, das ging ja mir damals so –, und dann kommen sie mit der Schlagzahl an Informationen nicht zurecht. Sie scheitern. Das sagt mir die Mutter von einem Jungen, der ans Gymnasium gegangen ist, der hat nach drei Monaten aufgegeben, ist völlig verzweifelt, weil er versagt hat, so empfindet er das. Er hat gesagt: Mama, es geht doch da nur noch ums Lernen, Lernen, Lernen, das habe ich mir nicht unter einem Studium vorgestellt. Er war nicht vorbereitet. Er war durch das G8-Gymnasium nicht vorbereitet. So. Sie wollen also mehr Zeit haben. Lösung ist G9. So.

Nächster Punkt. Ich habe gesagt, die Vereine vermissen die jungen Menschen, und wir brauchen die Vereine. Ehrenamtlichkeit wird immer mal wieder in der Politik groß geschrieben. Es gibt sogar ein extra Treffen, da lädt der Hamburger Senat oder die Bürgerschaft Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, ein. Ich vermute mal, dass es immer weniger Pfadfinderausbilder gibt, immer weniger Vereine, die irgendwie mit jungen Leuten ehrenamtlich sie fördern, denn sonst würden ja diese Eltern hier das nicht beschreiben.

Und dann das Thema Studium, wenn die jungen Menschen scheitern. Wie viele Taxifahrer haben wir heute, die gescheiterte Studenten sind? Und warum? Das G8 ist wie das Pressen von jungen Menschen durch eine Wurstpelle. Wir müssen zurückkommen zum G9. – Danke.

Vorsitzender: Danke schön. – Zum Thema "Pflichtganztag Gymnasium" gebe ich jetzt Frau Dr. Terhalle-Arias das Wort. Bitte schön.

Frau Dr. Terhalle-Arias: Schönen guten Abend. Ich würde gerne noch einmal auf etwas eingehen, was ich vorhin schon öfter gehört habe, und zwar geht es mir um die Entmündigung der Eltern, insofern wir als Eltern nicht gefragt werden, ob wir diesen Bedarf überhaupt haben, eine gebundene Ganztagschule einzuführen. Ich kann kurz von mir selbst berichten. Ich bin Ärztin, bin seit einigen Jahren niedergelassen, sprich selbstständig, und habe während meiner Ausbildung und meines beruflichen Werdegangs verschiedene Phasen durchlaufen, die verschiedene Betreuungszeiten meiner Kinder erforderlich machten. Das ging über den Ganztag, die ganztägige Betreuung, bis hin jetzt zu einer Teilzeitbetreuung, zu der ich mich vorgearbeitet habe zugunsten meiner Kinder, und ich bin sehr froh, dass ich mir das offen aussuchen konnte und das Leben meiner Kinder aktiv mitbestimmen kann. Ich würde großen Wert darauf legen, dass wir als Eltern gefragt werden, wie ist denn unser Bedarf, denn der ist flexibel über die Lebensphasen hinweg. Mit einer gebundenen Ganztagschule werden Sie weder den Eltern noch den Kindern gerecht, und ich bitte Sie, dies zu bedenken. – Danke.

Vorsitzender: Danke auch an Sie. – Dann zum Thema "Zehn Punkte der CDU" Herr Robert Schneider.

Herr Schneider: Schönen guten Tag, Schneider mein Name. Ich stehe heute nicht hier als Vertreter der Gemeinschaft der Elternräte der Stadtteilschulen in Hamburg, sondern als bildungsinteressierter Vater und Bürger, der die letzten sieben Jahre das Bildungsgeschehen in Hamburg verfolgt hat und auch versucht hat, ein bisschen zu beeinflussen. Und wenn es um die Stärkung unserer zweiten Säule geht, dann, denke ich, würde ich auch gerne meine zehn Cent dazu beitragen.

Mein Eindruck ist, dass indem die Gymnasien ihr Alleinstellungsmerkmal, das Abitur, verloren haben, ist ihnen ein bisschen der Kompass abhandengekommen, was eigentlich ihr

Ziel ist, und wenn man die Gymnasien stärken will, ist das wesentliche und zentrale Ziel, es muss ihnen wieder ein Ziel gegeben werden. Wenn man ins Schulgesetz schaut, dann gibt es da eines. Das Bildungsziel der Gymnasien ist das Abitur. In dem Elternratgeber steht, das Gymnasium ist die Schule für besonders leistungsfähige Schüler und Schülerinnen, also Schüler, die auch gar kein Problem haben, nachmittags noch Sport zu treiben und Musik zu machen, et cetera. Das Problem ist aus meiner Sicht, Herr Dr. Scheuerl hat uns mal gesagt, 30 bis 35 Prozent der Kinder haben diese Fähigkeiten, sind gymnasial. Das sind also auch die Kinder, die an die Gymnasien gehören. Wir haben aber zurzeit 50 Prozent der Kinder, die dort angemeldet werden. Und die Gymnasien haben halt nur zwei Jahre Zeit, die Situation ein bisschen zu bereinigen, das heißt, sie müssen letztendlich zwei Jahre lang mit angezogener Handbremse arbeiten. Das ist, denke ich mal, ein großes Problem.

Zur Stärkung könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass wir die Stadtteilschulen stärken, sodass Eltern auch das Vertrauen haben, dass sie ihr Kind dort gut behütet und gut versorgt haben. Dann würden vielleicht auch weniger als 50 Prozent ihre Kinder ans Gymnasium schicken. Das nur so vorweg.

Ansonsten habe ich mir noch ein paar Punkte aus Frau Priens Papier aufgeschrieben, zu denen ich gerne ein paar Takte sagen wollte. Der eine Punkt war der Punkt 5 mit der Verwaltungsleitung. Das leuchtet mir stark ein. Wir haben heutzutage Schulen, auch Gymnasien, von über 1000 Schülern. Wir haben Ganztage. Das sind natürlich Organisationsdinge, die weit über das hinausgehen, was die letzten 50 Jahre in Schulen stattfand. Wir haben Betriebe mit über 100 Mitarbeitern, davon sind die meisten Vollakademiker, was die Sache nicht leichter macht. Von daher behaupte ich, dass ein Schulleiterposten ganz gewaltige Managementqualitäten braucht, und ich frage mich, ob die Ausbildung, die Lehrer im Regelfall genießen, die irgendwann zu Schulleitern werden, diese Qualitäten mitbringen. Von daher finde ich das sehr unterstützenswert, diesen Gedanken, zu sagen, wir stellen dem Schulleiter einen Manager an die Seite, der natürlich auch – natürlich, ist ja klar – schon mal einen Klassenraum von innen gesehen haben soll. Ganz im luftleeren Raum dürfen die nicht sein. Bei der Gelegenheit: Auch der stellvertretende Schulleiter ist heutzutage, wenn ich es richtig mitgekriegt habe, eigentlich eher so eine Art Logistiker. Von dem, was ich so mitbekommen habe, ist die Arbeit der stellvertretenden Schulleiter vor allen Dingen, Vertretungspläne und Stundenpläne zu machen. Das sind bei solchen Schulen natürlich auch ganz erhebliche Aufgaben. Da frage ich mich auch, warum ein ausgebildeter Lehrer Logistikerarbeiten tun soll. Das gilt übrigens auch für Stadtteilschulen.

Zu Punkt 7, Klassenwiederholungen. Ich kann mir Klassenwiederholungen sehr gut vorstellen für Einzelfälle. Wenn ein Kind zu früh eingeschult wurde, sozial noch gar nicht die Reife hat, wenn es lange krank war, wenn es psychische Probleme hat, weil ein Elternteil gestorben ist oder ähnliche Geschichten, denke ich, macht es wirklich Sinn, ein Kind auch wieder ein Jahr zurückzubringen. Ansonsten leuchtet mir eigentlich der Gedanke ein, eher zu fördern als sitzenbleiben zu lassen. Wobei, soweit ich weiß, haben wir derzeit das Konzept, dass wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, dass dann gefördert wird. Also sobald man eine Fünf hat, kriegt man Förderung. Das ist meines Erachtens nicht zielfördernd. Was wir brauchen, ist ein sehr fein vernetztes Früherkennungssystem, das Lücken sehr, sehr schnell merkt und da wo auch dann Lehrer die Unterstützung bekommen von Leuten, von teilweise von Spezialisten, die diese Lücken spezifisch füllen können, bevor sie so groß werden, dass da eine Fünf im Zeugnis steht. Ich würde mir auch gerne wünschen, dass dieses Programm "Fördern statt Wiederholen" auch evaluiert wird, zu gucken jetzt nach den paar Jahren, was hat es nun gebracht. Und natürlich gilt auch dieser Punkt für Stadtteilschulen.

Zu Punkt 8, zur Durchlässigkeit. Da sage ich ein ganz klares Nein. Es ist für Kinder extrem wichtig und für den Lernprozess, das sagt uns die Neurologie, dass sie aufgehoben sind. Ein Kind muss wissen, hier gehöre ich hin, hier ist mein Clan, hier darf ich auch mal Fehler machen. Wenn jetzt permanent das Damoklesschwert der Abschulung über dem Kind

schwebt, ist das exakt das Gegenteil von dem, was nötig tut. Von daher kann das nicht sein. Viel wichtiger finde ich es, dass die Situation von vornherein geklärt wird, das heißt, dass wir in den fünften Klassen bereits wirklich nur diese 30 bis 35 Prozent haben, sodass die Gymnasien sich den Kindern, die da sind, auch wirklich widmen können. Ich denke, ein Kind, dem man mit zehn Jahren ansieht, dass die Aufnahme eines Studiums, Auslandsjahr, also zwölf Jahre Schule, Auslandsjahr, Studium, dass das der richtige Weg ist, das hat im Gymnasium seinen Platz. Und wenn solche Kinder dort sind, dann sind die Gymnasien auch sehr gestärkt.

Dann habe ich noch Punkt 9, die Bildungspläne. Finde ich eine gute Idee. Ich erinnere mich an einen Satz von Robert Heinemann. Ungefähr 2008 hat er uns mal erzählt, im Rahmen von G8 hatte man versucht, die Lehrpläne zu entschlacken, und war geschickterweise zu den Fachabteilungen gegangen und hatte gesagt, worauf könne man denn verzichten. Und wenn ich Herrn Heinemann richtig verstanden habe, war die Antwort unisono: Auf nichts, wir brauchen mehr. Deswegen, wenn wir über eine Neugestaltung der Bildungspläne sprechen, dann, denke ich, sollten wir die Gremien etwas anders zusammensetzen. Ich sehe da Leute aus der Handelskammer, Leute aus den Handwerkskammern, ich sehe Leute von der Uni da und auch wir Eltern mit unseren praktischen Lebenserfahrungen, die dort bei diesen Bildungsplänen helfen zu definieren, was wir wollen, was unsere Kinder nachhaltig in diesem Leben lernen sollen.

Das waren fast meine Punkte. Es ist mir, dank an Frau Kirsch, noch ein Punkt aufgefallen, der Punkt 2 mit den Arbeitsräumen. Das wäre noch eine Sache, die ich mir auch gut vorstellen kann, dass man für Lehrer eine Art, ich sage jetzt mal grob, Präsenzpflcht einführt, dass die Lehrer wirklich von 8 bis 17 Uhr in der Schule sind und dann aber auch für sie die Schule, das Thema gegessen ist. Ich denke, gerade zu Zeiten von Ganztagschule hätten Sie dann sehr viel mehr die Möglichkeit, dass die Tür offen steht, dass Kinder da vorbeikommen können, mal Fragen stellen und so weiter, als wenn die Lehrer halt eben nur da sind, wenn gerade eine Konferenz ist oder wenn sie eine Schulstunde Unterricht zu geben haben. Das wäre aus meiner Sicht auch noch ein Punkt, den man erwähnen kann. – Ja, das war's. Schönen Dank.

Vorsitzender: Ja, der Dank geht auch an Sie. Und die nächste Wortmeldung ist von Frau Geppert, auch zur Ganztagschule an Gymnasien. Bitte schön.

Frau Geppert: Ich rede von hier aus, um das Publikum nicht ganz so sehr im Rücken zu haben. Mein Name ist Corinne Geppert. Ich darf vielleicht dazu sagen, mein älterer Sohn hat im Jahr 2010 Abitur gemacht, was bedeutet, dass er im ersten Jahrgang G8 war, und meine Tochter ist gerade in der Oberstufe eines Gymnasiums angekommen. Vielleicht sehen Sie mir dadurch auch ein bisschen eine Ermüdung nach, mit der ich betrachte, wie lange man ein Problem am Leben erhalten kann, und mit Problematik meine ich eben, dass G8 immer noch nicht richtig rund läuft. Was ich aber auch zum Ausdruck bringen möchte, ist eine gewisse Pragmatik, die sich eben auch über die zwölf Jahre eingeschlichen hat, beziehungsweise ja auch nicht, und dass ich denke, dass jetzt nicht das Thema ist, über G9 zu sprechen, sondern in der Tat, so wie es auf der Tagesordnung steht, wie können wir G8 besser machen. Was diese Ganztagschulthematik – das war nur einer von drei Punkten, die ich da draufgeschrieben hatte, den ersten habe ich schon fast abgehakt – angeht, muss man dazu sagen, dass das aus pragmatischen Gesichtspunkten ein Thema ist, was wahrscheinlich auch gar nicht so sehr umgesetzt wird. Wenn man sich da die Historie anguckt, es waren damals drei wirklich gebundene Gymnasien gemacht worden. Es gab dann auch Ansätze, vor allen Dingen in letzter Zeit, auch immer mehr Gymnasien, die gesagt haben, wir möchten das gerne machen. Das scheiterte eigentlich mehr daran, dass das gar nicht genehmigt wurde, weil das nämlich ein relativ teures Unterfangen ist. Insofern muss man sich das auch überlegen, wie groß die Gefahr da überhaupt ist. Wenn man sich das genau betrachtet, jedes Gymnasium macht das ja auch unterschiedlich oder viele Gymnasien machen es auf unterschiedliche Arten und Weisen, dann sind es ja nicht immer

unbedingt zwei lange Tage, sondern wenn man das über fünf Tage gleichmäßig organisiert, dann trennt einen, je nachdem, wie lange die Mittagspause ist, manchmal nur eine halbe Stunde davon, um wirklich von einem teilgebundenen Gymnasium ein gebundenes Gymnasium zu werden und gleich so viel mehr Mittel zu bekommen. Also manchmal sollte man sich das auch mal durchrechnen. Wenn man Verwaltungsfachkräfte hätte, dann würde man das vielleicht machen.

Das Zweite, was ich aber auch ansprechen möchte aus der aktuellen Situation des SEPLs heraus, ist, wir haben häufig und über all die Jahre, seit G8 eingeführt wurde, festgestellt, dass ein Großteil der Probleme einfach daher kommt, dass die Rahmenbedingungen schwierig sind. Also über die zwölf Jahre, muss ich auch sagen, haben wir auch die Erfahrung gemacht, dass viele Reformen eben ja auch mit einer manchmal aus guten Ideen angestoßen wurden, aber auch möglichst wenig Mittel mitgegeben wurden, damit es dann auch zum Erfolg kommen könnte. Und damit spreche ich niemanden speziell an, weil in den letzten zwölf Jahren hat eigentlich so ziemlich jeder mal die Chance gehabt, das Problem nicht zu beheben, fraktionell gesehen. Insofern möchte ich aber ganz konkret jetzt auch noch mal auf den SEPL ansprechen. Wenn man sich anguckt die Neubauvorhaben zum Beispiel an den Gymnasien – Stadtteilschulen sind bestimmt ähnlich betroffen, aber bei Gymnasien kann ich es gerade besser beurteilen –, dann ist aber eben auch für Ganztagsbedarfe nichts vorgesehen. Das möchte ich ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Es gibt ja sehr viele, und das ist eine sehr gute Entwicklung, wir wollen ja auch nicht alles kritisieren, wie viele Neubauvorhaben in der Stadt gestartet werden, aber wenn man denn eben schaut und das ... Von außen betrachtet wirkt es immer so schade, wenn man denkt, jetzt hätte man einmal die Chance, es gut zu machen, aber es fehlt dann wirklich, ich sage mal, so Kleinigkeiten, wie darüber nachzudenken, dass vielleicht ein Flur oder ein Gang etwas breiter sein könnte, damit man Spindlösungen einbauen könnte, aber das geht einfach nicht, weil diese Quadratmeter nicht da sind. Also das, was Ganztags im ganz Kleinen vielleicht manchmal leichter machen würde. Dass vielleicht ein Klassenraum, wo man reinkommt, nicht so ungemütlich aussieht, weil eben im Winter dicke Jacken halb nass da hängen. Das sind alles Dinge, wo man dann relativ schnell frustriert ist, weil man denkt, das sind so viele kleine Schalthelme, an denen man unter anderem G8 oder einfach eine ganztägige Betreuung gut machen könnte, und leider wird da viel Potenzial verspielt.

Ich würde gerne auch noch mal für die Antwort der Senatsvertreter anmahnen: Ich kann mich noch sehr gut erinnern an die Sitzung im Rathaus, bei der Sie ja auch in Wahnsinnswindeseile uns vorgestellt haben die Rückmeldungen der Schulkonferenzen zu den ..., als Sie uns abgefragt haben G8/G9 Entscheidungen und ja auch ganz ausdrücklich abgefragt wurde, was für Verbesserungsvorschläge wir hätten. Es war einhelliges Votum sowohl aller Fraktionen als auch der Senatsvertreter, dass diese Rückmeldungen, die ja ein ganzer Packer waren, wo viele Gymnasien sich sehr viel Mühe gegeben haben, eine wahre Fundgrube, Schatzkiste, ich weiß nicht, was alles für Begriffe noch fielen, seien, aus denen man schöpfen könnte und mit denen man eben auch die Zukunft der Gymnasien gestalten könnte. Ich wüsste ganz gerne – an einer Stelle haben Sie es uns ja schon einmal verraten: Alles, was Geld kostet, wird schwierig, das ist ja eine relativ klare Aussage –, aber ich würde doch ganz gerne noch mal fragen, ob das wirklich alles wäre. Weil alle waren damals so wahnsinnig begeistert, wie viele Ideen wir uns gemacht haben, wir, die Vertreter vor Ort. Es waren viele Maßnahmen dabei, sei es eben räumlicher Art, wie gesagt, die Verwaltungsfachkräfte kommen immer wieder, weil man einfach merkt, dass sich so viele Sachen ... Also das sind strukturelle Dinge eben, dass man strukturell versuchen sollte, Dinge zu beheben, die einfach jetzt, man muss es sagen, auch nach zwölf Jahren noch einfach schlecht organisiert sind. Und da würde gar nicht so viel fehlen. – Ich lasse es jetzt da mal bewenden. Danke sehr.

Vorsitzender: Ja, ein Dank auch an Sie. – Dann habe ich eine weitere Meldung zur Ganztagschule am Gymnasium. Frau Mayling Keun. Bitte schön.

Frau Keun: Guten Tag. Mein Vorname ist ...

Vorsitzender: Mögen Sie mir sagen, was ist der Zuname, Familienname?

Frau Keun: Wollte ich gerade sagen. Mein Vorname ist Mayling, mein Nachname ist Keun.

Vorsitzender: Danke schön.

Frau Keun: Gut. – So, ja, einmal kurz zu mir selber. Ich bin verheiratet, habe zwei Töchter am Helene-Lange-Gymnasium, fünfte und siebte Klasse, bin voll berufstätig, und bei uns sieht es so aus, die Kinder kommen gut an der Schule zurecht. Bei der älteren kann man schon ein bisschen mehr sagen, die ist siebte Klasse, nach wie vor ein glatter Zweier-Durchschnitt. Ich bin sehr glücklich. Nichtsdestotrotz hätte ich G9 besser gefunden und meine Tochter selber auch. Das kurz dazu.

Dann haben die beide viele Hobbys nachmittags. Die kriegen wir auch gerade noch so hin. Aber wenn ich jetzt noch meine Kinder mehr Zeit an der Schule verbringen lassen soll, dann frage ich mich langsam, wie das funktionieren soll. Es ist jetzt schon manchmal so, um ein Beispiel zu nennen, dass ich abends um 21 Uhr sage, oh, du hast noch kein Klavier geübt, wenigstens jetzt einmal noch schnell das Stück durchspielen. Also ich frage mich, wo das dann bleiben soll, und ich möchte einfach gerne, dass meine Kinder ein Instrument können. So. Die sollen keine Pianistinnen werden, aber dass sie einfach ein Instrument irgendwie draufhaben, das ist mir total wichtig. Und mir ist eben halt auch wichtig der Sport, den sie nachmittags machen. Und das sind auch so Sportarten, die würde eine Schule nicht unbedingt anbieten. Es ist aber auch nichts Elitäres, sondern sie machen beide Judo und gehen zum Tanzen. Da frage ich mich, wie will eine Schule das denn darstellen. Da wird ein bisschen Tennis angeboten und, ich glaube, ein bisschen Theater und noch irgendwie so was, aber das können die Schulen einfach gar nicht bringen. Und was mir ganz wichtig ist und was mir an meinen Kindern auch auffällt: Die brauchen Zeit für sich alleine zu Hause, dass sie einfach mal in ihrem Zimmer hocken können und einfach mal vor sich hinpuzzeln können. Meine jüngere Tochter, die malt einfach kleinere Bildchen, die hört sich noch mal eine CD an. Und ich kann Ihnen sagen ... Beide Kinder besitzen übrigens kein Smartphone. Wir haben zwar ein iPad zu Hause, das versuchen sie sich immer mal zu nehmen und tun sie auch, aber das entreiße ich denen auch schnell wieder. Fernsehen findet so gut wie gar nicht statt, also gibt es bei uns fast nicht, wir haben aber einen Fernseher. Aber diese Zeit, einfach alleine für sich, oder Zeit, eben halt auch Freunde zu treffen, das ist so schwer, da was zu finden. Klar, alle anderen Freunde haben auch Hobbys, die wollen auch gemacht werden. Aber dass sich die Kinder einfach mal so verabreden oder einfach alleine zu Hause rumsitzen, das wird dann langsam schwierig mit Ihren Vorstellungen, und ich würde Sie echt bitten, davon Abstand zu nehmen, beziehungsweise die Eltern, die es gerne möchten, sollen es bekommen, aber ich will es auf gar keinen Fall. Es sind sicherlich viele Eltern, die brauchen es und sind darauf angewiesen, wie auch immer. Ich will es nicht. Wirklich nicht.

Ja, und dann noch etwas. Diese gebundenen Ganztagschulen. Ich habe es selber erlebt. Meine ältere Tochter ist eine Zeitlang mittwochs nachmittags geritten, und da hieß es, wir wissen nicht, ob wir die Stunde aufrechterhalten können. Da sind drei Kinder, die sind in der gebundenen Ganztagschule, wir wissen nicht, ob wir eine Befreiung für die kriegen. Das kann es irgendwie nicht sein. Und das ist kein elitärer Stall oder irgendwas, das ist ein Platz ohne Dach, ohne alles, ganz einfachst, damit sich auch Eltern, die wenig Geld haben, eben halt das leisten können. Und das tut mir einfach leid um solche Kinder. – Ansonsten habe ich gar nicht mehr viel zu sagen, weil das meiste gesagt worden ist, aber denken Sie bitte noch einmal gut darüber nach. Danke.

Vorsitzender: Danke schön für Ihren Beitrag. – Dann zum Thema "Verbesserungsvorschläge G8" hat sich Herr Andre Prange vom Christianeum gemeldet. Bitte schön.

Herr Prange: Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Herr Senator, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Als Lehrer unterliege ich dem Mäßigungsverbot – Mäßigungsgebot, sorry –,

(Heiterkeit)

und deswegen habe ich die ganze Sache schriftlich ausgearbeitet, um nicht ausversehen in eine falsche Wortwahl zu verfallen. Die Auseinandersetzung um G8 und G9 an den Gymnasien hat gezeigt, dass es in der Bevölkerung eine große Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen an den Gymnasien gibt. Wenn in drei Wochen über 40 000 Unterschriften für G9 gesammelt werden konnten und ein Erfolg des Volksbegehrens aus meiner Sicht wohl nur an dem Unvermögen der Leitung der Initiative gescheitert ist, zeigt dies, dass einiges im Argen liegt. Worin liegt das begründet? Ist es nur eine Nostalgieverklärung – früher war alles besser –, oder gibt es strukturelle und organisatorische Fehler im System? Ich meine, es ist beides.

Im Laufe der Auseinandersetzung um G8 und G9 gründete dann eine Gruppe engagierter Bürger die Initiative "Schulfrieden wahren. Keine neuen Reformen", kurz G8-Gruppe, mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über die Pläne der G9-Initiative aufzuklären. Als einer der Gründungsinitiatoren dieser Gruppe sehe ich es als meine Pflicht an, heute noch einmal unsere damals vorgeschlagene Verbesserung für G8 anzumahnen und persönliche Eindrücke aus meiner beruflichen Praxis damit zu verbinden. Einige unserer damaligen Vorschläge decken sich mit den zehn Punkten der CDU in der Drucksache 20/9580, die auch Grundlage der heutigen Anhörung sind. Leider wurde in der Presse und auch von vielen Leuten damals einseitig ein Vorschlag herausgegriffen, wodurch alle anderen Vorschläge keine Beachtung mehr fanden. Mit diesem einen Vorschlag, dem Überlegen, dass Zulassungsbeschränkungen für das Gymnasium, haben wir wohl einen Tabubruch hier in Hamburg begangen, der sofort in aller Öffentlichkeit zerrissen wurde. Allerdings kommen wir in der Diskussion auch nicht weiter, wenn wir über Tabus wie zum Beispiel eine Zugangsbeschränkung für das Gymnasium nicht einmal nachdenken geschweige denn reden dürfen. Die Anmeldeentwicklung an den Gymnasien zeigt sehr wohl, dass auch über diesen Aspekt irgendwann diskutiert werden muss, wenn man nicht will, dass die Gymnasien sich zu Tode – in Anführungsstrichen – siegen. Es ist auch paradox, dass darüber nicht diskutiert werden darf, aber andererseits beklagt wird, dass die Abschulungsrate in Klasse 6 immer größer wird, was, zugegeben, auch noch andere Ursachen hat – darauf komme ich noch –, aber eben eine Ursache auch darin begründet liegt. Allerdings bräuchten wir uns über Zugangsbeschränkungen nicht zu unterhalten, wenn die Stadtteilschulen als zweite Säule die nötige Akzeptanz bei den Eltern hätten, die sie aber aus verschiedensten Gründen leider nicht hat, wie die letzte Anhörung teilweise zeigte.

Ein Grund für die verstärkte Abschulung in Klasse 6 ist das Abschulungsverbot nach dieser Klassenstufe und die Ersetzung dessen durch das Programm "Fördern statt Wiederholen". Ich halte dies für eine falsche Entscheidung. Es wird heute wesentlich genauer in Klasse 6 geschaut, weil jeder weiß, dass die Möglichkeiten einer Abschulung nach dieser Klasse äußerst begrenzt sind. Seit sechs Jahren führe ich nunmehr den Förderunterricht in Mathe in meiner Schule durch und habe jetzt meine dritte Klasse als Klassenleiter und denke, dass ich da etwas zu sagen kann. Vom Prinzip her ist die Einführung eines staatlich geförderten Förderunterrichts sehr gut, fördert dies doch die Chancengleichheit. Dies aber mit dem Verbot der Klassenwiederholung zu verknüpfen, ist eine in meinen Augen fatale Entwicklung, fatal vor allem für die Kinder selber. Nicht jedes Kind am Gymnasium ist dessen Anforderungen gewachsen, schon gar nicht unter G8. Gerade in der beginnenden Pubertät nach Klasse 6 fangen bei einigen die Probleme erst richtig an. Es kommt dann zu Situationen, dass es Kinder gibt, die zwei und mehr Fünfen auf dem Zeugnis haben und eigentlich in diesen zwei und mehr Fächern gefördert werden müssten. Nur wann sollen sie das eigentlich machen neben 34 Stunden Unterricht, die sie in der Regel eh schon haben?

Was wird diesen Kindern eigentlich zugemutet? Es ist schlichthin unmöglich. Wenn dann dazu noch beratungsresistente Eltern kommen, müssen wir als Lehrern ohnmächtig die weitere Entwicklung mit ansehen, die sogar dazu führen kann, dass ein Kind eventuell ohne Abschluss das Gymnasium verlässt. Ich weiß, dass es Möglichkeiten gibt, dass Kinder auf Antrag ein Schuljahr aus verschiedenen, recht eng begrenzten Gründen, sprich längere Krankheit und dem sehr schwammigen Begriff andere schwerwiegende Belastungen, wiederholen dürfen; Herr Schneider wies darauf hin. Nicht wirklich geklärt ist, wer eigentlich diese Anträge stellen darf. Sind es nur die Eltern? Darf auch die Schule diesen Antrag stellen? Was mir fehlt, ist, dass wir Lehrerinnen und Lehrer diese Möglichkeiten eines Antrags haben, auch entgegen des Wunsches der Eltern.

Zur Qualität des Förderunterrichts will ich nur so viel sagen, dass dieser wohl sehr unterschiedlich ist, was man so hört. Ich weiß nicht, ob es da bereits Untersuchungen zu gegeben hat; ich hoffe, ja. Fakt in meinen Augen ist, dass diesen Unterricht nicht jeder Lehrer oder jede Lehrerin, aber auch nicht jede außenstehende Kraft machen kann und man sehr genau hinschauen muss.

Was ich unbedingt vorschlagen möchte, ist, dass die Zugangskriterien zum Förderunterricht überdacht werden müssen. Wenn ein Kind bereits eine Fünf auf dem Zeugnis hat, ist es zu spät. Das ist mit dieser Art von Förderung nur selten aufholbar. Es muss möglich sein bei beginnendem dramatischem Abfall der Leistungen, dass Kinder auch im laufenden Schuljahr ohne große bürokratische Prozedere daran teilnehmen können, um ein weiteres Absacken möglichst zu verhindern. Nun habe ich noch einmal nachgelesen im Schulgesetz, in der APO GrundStGy, das ist wohl doch möglich im Laufe des Schuljahres, aber eben auch nur bei sehr dramatischen Fällen, nicht zur Verhinderung von Fünfen.

Ein weiterer Vorschlag unserer G8-Gruppe war eine vernünftige Rhythmisierung am Gymnasium. Unter vernünftig verstehe ich, dass nicht alle Stunden als Doppelstunden gehalten werden. Dies würde einer kontinuierlichen Arbeit kontraproduktiv gegenüberstehen, gerade in den sprachlichen Fächern und in Mathematik, weil ein bestimmter Anteil an Übung, möglichst gut verteilt über die Woche, in meinen Augen unbedingt nötig ist.

Die vor kurzem erteilte Weisung zur Beschränkung der Hausaufgaben ist nicht nur nach meiner Meinung unnötig und falsch. Hier wurde leider nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen und eine gute Empfehlung durch Herrn Just aus dem Jahr 2008 unnötig widerrufen. Gießkannenprinzip deshalb, weil zum Beispiel in meinem altsprachlichen Gymnasium mit hinzukommender dritter Fremdsprache in Klasse 8 mit dem Lernen von Vokabeln in drei Fächern eigentlich diese Zeit schon abgedeckt ist und für die anderen Fächer eigentlich keine Zeit mehr bleibt. Außerdem widerspricht diese Regel auch dem individuellen Charakter der Kinder. Keiner braucht genauso lange für ein und dieselbe Hausaufgabe. Sollte jetzt der Einwand kommen, dann müssen eben individuelle Hausaufgaben aufgegeben werden, kann ich dazu nur sagen, dann erhöhen Sie die Faktoren im Arbeitszeitmodell. Aber dazu komme ich noch.

Vielfach wird die lange Zeit, in der Schülerinnen und Schüler im G8 an der Schule verweilen müssen, beklagt – nicht ganz unberechtigt. Die häufig durchgeführten zwei langen Unterrichtstage bis zur achten Stunde und, wie ich bei einer Podiumsdiskussion erfahren habe, auch in der Mittelstufe sogar darüber hinaus, halte ich für nicht sinnvoll. In der siebten und achten Klasse zum Beispiel Unterricht in der achten Stunde durchzuführen, bringt nicht wirklich viel, zumindest in der achten Stunde. Besser würde ich es erachten, die langen Tage ganz abzuschaffen, die Stunden gleichmäßig über den Tag zu verteilen, also Montag bis Donnerstag sieben Stunden, Freitag sechs Stunden, macht genau 34 Stunden, womit die Höchstzahl abgedeckt wäre. Eventuelle Schwierigkeiten, ist mir schon klar, die es im Lehrereinsatz dadurch geben könnte, müssten durch mehr Stellen ausgeglichen werden. Die Stundentafel im Gymnasium ist in meinen Augen ein leidliches Thema. Viele Begehrlichkeiten spielen darauf und wollen für ihre speziellen Bedürfnisse zusätzliche

Stunden haben. Zusätzlich geht aber nur auf Kosten bereits bestehender, was dann auch wieder zu einer Überarbeitung der Curricula führen würde, was nun auch nicht gerade so nebenbei zu erledigen ist. Erst jüngst entbrannte wieder eine Diskussion um Informatik und Medienerziehung. Solche Begehrlichkeiten, und vor allem dem Nachgeben dieser führt zu nicht hinnehmbaren Entwicklungen.

Als Beispiel will ich die MINT-Fächer nehmen, hier vor allem die naturwissenschaftlichen Fächer. Im Jahr 2007 – da fing ich hier in Hamburg an – gab es noch 26 Wochenstunden dafür, heute sind es 19, eine Kürzung um sage und schreibe 7 Wochenstunden. Das ist in meinen Augen ein nicht hinnehmbarer Zustand, gerade im Zuge der Diskussion, dass die MINT-Fächer eigentlich gestärkt werden sollen. In meiner Schule verlassen die Schüler die Schule, ohne je im Unterricht erfahren zu haben, wie eigentlich elektrische Energie erzeugt werden kann, Stichwort Induktion, was Atomenergie ist, was radioaktive Strahlung und so weiter. Wie sollen sich junge Menschen ein Urteil über Energieerzeugung und Energiewende bilden können, wenn sie in der Schule nicht mal die rudimentärsten Begriffe dazu gehört haben?

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Sachsen und in die dortige Stundentafel, was anscheinend recht gut funktioniert, wenn man sich so spezielle Platzierungen anschaut. Warum müssen wir immer versuchen, das Rad neu zu erfinden, wenn es schon erfunden ist? Bleiben wir beim Beispiel Sachsen. Nicht diese Stundentafel wäre das Anschauenswerte, auch die Rahmenpläne der einzelnen Fächer. Nach der Entfernung des ganzen ideologischen Mülls sind die Rahmenpläne ähnlich strukturiert worden wie in der ehemaligen DDR und damit eine Kontinuität erreicht worden, was einer der Gründe war, Sachsen zu einem der führenden Bildungsländer aufsteigen zu lassen, und das mit G8 seit Jahrzehnten. Dort ist zum Beispiel dadurch, durch diese Rahmenpläne, sichergestellt, dass ein Umzug der Eltern innerhalb des Bundeslandes nicht zu einer Bildungskatastrophe für die Kinder führt, da die Pläne und vor allem der Stundenumfang der einzelnen Stoffgebiete verbindlich sind, sodass alle Schulen zeitlich in etwa das Gleiche unterrichten. Im Gegensatz zu Hamburg, wo der Umzug innerhalb der Stadt für Kinder zu einem riesigen Problem werden kann, da jedes Gymnasium sein eigenes Curriculum hat und die zeitliche Abfolge bestimmter Themen völlig unterschiedlich sein kann. Die guten Leistungen von Sachsen sind in meinen Augen auch der Arbeit der dortigen Kollegen geschuldet, die zum überwiegenden Teil noch in der DDR ausgebildet wurden. Und, das weiß ich noch aus eigener Erfahrung, eine andere Ausbildung als Lehrer genossen haben.

Aus meiner Sicht ist die Ausbildung der Lehrer mit ein entscheidendes Kriterium für erfolgreichen Unterricht, egal, an welcher Schulform. Ich will nicht sagen, dass die jetzige Ausbildung schlecht ist, aber sie könnte noch verbessert werden. Auch das ist ja im Moment wieder ein Thema der Bürgerschaft, deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, dazu ein paar Worte zu sagen. Ich hatte neulich die Möglichkeit, bei der FDP als Gast im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema mitsprechen zu dürfen. Innerhalb der Diskussion stellten sich zwei Schwerpunkte heraus: Aufnahmekriterien zum Lehramtsstudium und Praktika. Es wurde über verbindliche Eignungstests gesprochen. Meiner Meinung nach sollten solche Eignungstests verpflichtend für jeden Studenten sein, ohne allerdings davon die Weiterführung des Studiums abhängig zu machen, denn auch Studenten entwickeln sich. Es wäre aber ein guter Hinweis für den Studenten selber, ob er anscheinend geeignet ist oder eben nicht. Studenten, die durchfallen, aber weiter auf Lehramt studieren wollen, sollten verpflichtende Zusatzmodule absolvieren, die ihnen helfen sollen, die erkannten Schwächen zu beseitigen.

Ein anderer Punkt sind in meinen Augen verpflichtende Praktika vom ersten Semester an, so, wie ich es in meiner Ausbildung in der DDR kennengelernt habe und für die ich sehr dankbar war und die mir damals sehr geholfen hat.

Als weiteren Verbesserungsvorschlag für unser Gymnasium möchte ich noch Veränderungen in der zehnten Klasse ins Feld führen. Das Zehn-Punkte-System sollte bereits in Klasse 10 verpflichtend eingeführt werden zur besseren Gewöhnung daran und zum Vermeiden von Überraschungen in Klasse 11, wo dann jeder Punkt für das Abitur zählt. Es sollte auch überlegt werden, ob man die Profile und Kernfächer nicht schon ab dem zweiten Halbjahr der zehnten Klasse einführt, um den Schülerinnen und Schülern eine gezieltere Auswahl in Klasse 11 zu ermöglichen und damit die Zufriedenheit und Motivation zu steigern.

Einer generellen Einführung der Ganztagschulen an allen Gymnasien stehe ich skeptisch gegenüber. Dies sollte Entscheidung der einzelnen Schulen und Schulkonferenzen sein. Auch sollte dies nur durch die Vorlage eines tragbaren, geprüften Konzepts gehen. Verpflichtend sollte für alle Gymnasien die halbjährlich zu erarbeitende Übersicht über Klassenarbeiten und deren Termine sein. Das hatten Sie so angeordnet, Herr Rabe, das finde ich auch sehr gut, das muss nur auch umgesetzt werden überall.

Die Forderung nach einer ausgewogenen Balance zwischen Wissen und Kompetenzen in den Bildungsplänen kann ich nur unterstützen. Das eine geht ohne das andere nicht. Aber die einseitige Orientierung auf Kompetenzen könnte irgendwann auch bei uns dazu führen, dass in der Schweiz, in den neuen Plänen für die Grundschule, sage und schreibe 4500 Kompetenzen formuliert wurden. Ich denke, diese Zahl spricht für sich selbst und bedarf keiner weiteren Interpretation. Meiner Meinung gehören auch an Gymnasien Sozialarbeiten an. Auch dort gibt es Kinder mit massiven Problemen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Wort zum Arbeitszeitmodell sagen. Dies gehört nicht nur in meinen Augen dringend überarbeitet. Die Faktorisierungen entsprechen und entsprachen eigentlich nie den tatsächlichen Anforderungen, sondern dass solche absurden Zustände herrschten, dass Kollegen bis zu 32 Stunden und mehr arbeiten sollten. Erst die Verordnung zur Begrenzung auf 29 Stunden milderte diesen Zustand. Aber selbst 29 Stunden sind bei den heutigen Anforderungen im Prinzip unerträglich. Als ich nach Hamburg kam und mir erklärt wurde, was es mit diesem Arbeitszeitmodell auf sich hatte und dass damit mehr Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Fächern geschaffen werden sollte, fand ich es zunächst gut. Inzwischen bin ich eines Besseren belehrt. Dieses Arbeitszeitmodell ist ein Motivationskiller, der dazu führen kann und auch führt, dass man für zusätzliche Aufgaben, die früher nebenbei freiwillig mit erledigt wurden, nur noch gegen Überziehung übernimmt. Die Stimmung unter der Lehrerschaft bezüglich des Arbeitszeitmodells ist schlecht, wenn nicht sogar sehr schlecht. Man kann nicht gleichzeitig eine hohe Motivation und Qualität von den Kollegen erwarten und auf der anderen Seite durch dieses Arbeitszeitmodell permanent demotivieren, das geht irgendwann schief. Nicht umsonst haben wohl andere Bundesländer dieses Modell nicht übernommen, die werden wohl wissen, warum.

Zur Präsenzpflcht von Lehrern, das würde dann in dieses Arbeitszeitmodell mit reinfallen, wenn von 8 bis 17 Uhr die Lehrer... Was ich gar keine schlechte Idee immer unbedingt finde, weil man dann nach 17 Uhr Feierabend hätte. Dazu gehören allerdings wesentlichere Baumaßnahmen an den Schulen, Arbeitsplätze für die Lehrer. Das ganze WAZ-Modell wäre im Prinzip dann damit flöten, weil damit die Arbeitszeit abgeglichen wäre. Wäre eine Überlegung wert. – Ich danke Ihnen.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Dann habe ich jetzt eine Wortmeldung zur Ganztagschule von Claas von Schönfeld. Bitte schön.

Claas von Schönfeld: Ja, herzlich willkommen. Ich bin zehn Jahre alt und heiße Claas von Schönfeld. Und ich finde es etwas Unnötiges, die Ganztagschule einzuführen. Meine Mutter arbeitet nicht, und warum soll ich in der Schule sitzen, während ich auch nach Hause könnte? Also es macht wenig Sinn für mich. Man könnte etwas Freiwilliges machen, wo

Kinder dann hingehen, die dann betreut werden müssen, wenn die Eltern nicht zu Hause sind. Für mich würde es keinen Sinn machen. – Danke.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank für deinen Beitrag. – Dann noch einmal Herr Schneider bitte, zur Ganztagsdiskussion.

Herr Schneider: Ja, ich muss sagen, dass ich ein bisschen überrascht bin von der Virulenz, die dieser eine Punkt in dem Füllhorn von Punkten der CDU erzeugt hat, diese Ganztagsgeschichte. Aber ich bin auch ein Stück weit froh, weil ich denke, es wird hier eine Diskussion losgetreten, die wir dringend führen müssen. Und ich würde alle Anwesenden darum bitten und auffordern, hier nicht lockerzulassen. Denn die meisten, die hier sitzen, sind so wie ich in einem Schulsystem aufgewachsen, wo man vormittags zur Schule ging und nachmittags hatte man frei, konnte dann tun, was man machen wollte.

(Zuruf: Oder Hausaufgaben!)

– Oder Hausaufgaben. Ja, also wer die ganzen Hausaufgaben gemacht hat, der hatte wahrscheinlich schon ein Problem.

Und wir kamen, glaube ich, auch noch aus einer Zeit, wo eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Elternhaus und Schule war. Das ist ein Begriffspaar, das ich in keiner anderen Sprache kenne, aber das Elternhaus war für Erziehung zuständig und die Schule war für Bildung zuständig. Ich behaupte mal, das hat sich ein bisschen geändert. Wir leben heutzutage in Familien, die bestehen teilweise nur aus zwei Personen, maximal vielleicht aus zwei Generationen. Und das, was ein Kind zum Aufwachsen braucht, was seit 3 Millionen Jahren jedem Kind zugutegekommen ist, das ist der Clan. Kinder haben immer ältere Erwachsene, Onkel, Tanten, Großeltern um sich gehabt, sie haben immer größere, kleinere Geschwister um sich gehabt, sie mussten Verantwortung für die Kleineren übernehmen, sie mussten sich einordnen in die Rangordnung mit den Größeren. Und es ist verdammt schwierig in einer Zeit, wo man eben nur zu zweit ist in einer Familie. Und ich würde anregen, über diese Punkte mal nachzudenken, inwieweit nicht tatsächlich da ein Aufgabenfeld für die Schule ist, weil, da sind Erwachsene, da sind große und kleine Kinder. Und die Frage ist, ob man diesen Erziehungsauftrag nicht ein Stück weit, und wie weit man auf die Schule abgeben kann oder sogar muss.

(Zuruf: Oder darf!)

– Oder darf.

Gerne in der Diskussion driftet das so ein bisschen in diese Prekariatsgeschichte ab, dass ja bestimmte Eltern überhaupt nicht in der Lage sind, ihren Kindern ein warmes Mittagessen zu bringen oder ein Frühstück oder ähnliche Geschichten. Ich denke – vielleicht verzeihen Sie mir die Überspitzung –, aber ich behaupte, dass auch eine Mutter, die ihr Kind mit dem Porsche Cayenne vom Ballett zum Geigenunterricht fährt, genau dieses Umfeld seinem Kind nicht bieten kann. Aber das ist schon mein Diskussionsbeitrag, und ich würde, auch, wenn es mit der Stärkung der Gymnasien nichts zu tun hat, mich sehr freuen, wenn die Diskussion weiterginge: Wie viel von diesem Erziehungsauftrag, den wir Eltern haben, können, wollen, dürfen wir auf die Schule übertragen? Und was für Ressourcen braucht dann die Schule? Reichen dann Lehrer, oder brauchen die Schulen dann vielleicht auch Boxtrainer, Geigenlehrer, Balletttrainer oder was auch immer? Finde ich eine sehr spannende Diskussion, ich würde dazu aufrufen, diese Diskussion weiterzuführen.

Vorsitzender: Ja, danke schön. Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann schließe ich die Aussprache und die Anhörung und beende den Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung.

Zu TOP 02

Vorsitzender: Dann rufe ich auf den (Tagesordnungspunkt 2). Umbauen? Bitte schön. Umbauen ist ein bisschen schwierig, wer soll die Leitungen verlegen? Der Senat sollte auf die andere Seite wechseln, vielleicht Stuhl bewegen und dann... Gut, ich sehe, jeder hat seinen Platz gefunden. Dann beginnen wir mit der Auswertung und gebe der Antragsführerin, Frau Prien, als Erster das Wort. Bitte schön.

Abg. Karin Prien: Ja, Herr Vorsitzender, ganz herzlichen Dank erst mal. Vor allem Ihnen, meine Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie heute hergekommen sind und uns Ihre Auffassungen zu unserem Antrag und vor allem auch zu den Verbesserungsbedarfen und auch Vorschlägen für eine Stärkung des Gymnasiums vorgetragen haben. Ich darf vielleicht noch zunächst einmal ausführen, dieser Antrag ist ja schon ein bisschen älter, der stammt schon aus dem Oktober 2013, ist deshalb nicht etwa überholt, aber seitdem ist ja das eine oder andere passiert, auch in Hinblick auf die Auseinandersetzungen um die Verlängerung der Schulzeit am Gymnasium. Und die Motivation für den Antrag seinerseits war, dass wir in der Hamburger Schulpolitik aus guten Gründen eine ganze Weile lang die Stadtteilschule sehr stark in den Blick genommen haben als neue Schulform, die sehr viel Unterstützung in der Anfangszeit benötigt und auch zu Recht erhält. Dass wir aber darüber das Gymnasium und seine Aufgaben, die nicht leichter geworden sind, nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Das Gymnasium ist heute – Herr Vogel, Sie haben es ausgeführt – ja eine Schule, an der eben nicht mehr 35 Prozent eines Jahrgangs, sondern inzwischen über 55 Prozent eines Jahrgangs im Eingang beschult werden, und hat damit eine Heterogenität, die früher man an Gesamtschulen finden konnte, aber eben nicht am Gymnasium. Und das ist eine Problemstellung, auf die Antworten gefunden werden müssen, die es in Teilen eben heute leider noch nicht gibt. Und wir als CDU sehen eben einen erheblichen Bedarf auch an Veränderungen an den Gymnasien. Und die Gymnasien haben uns ja dankenswerterweise – Sie haben es, Frau Geppert, erwähnt, im Zusammenhang mit der Befragung zu G8 und G9 – ja eine ganze Latte von Forderungen ins Stammbuch geschrieben, die auch erstaunlich übereinstimmend waren, oder zumindest gab es ganz erhebliche Überschneidungen.

Wir haben, Frau Geppert, diese Punkte ja zusammengefasst in einem eigenen Antrag, den haben wir schon vor einigen Monaten, leider ohne Erfolg bei den jetzigen Mehrheiten im Parlament, dann auch beraten. Insofern sind die Forderungen schon Gegenstand der Erörterung gewesen, aber eben leider noch nicht mit abschließendem Erfolg. Das erst einmal zur Genese des Antrags.

Ich fand sehr wichtig, das darf ich den Eltern, die hergekommen sind, um ihre Besorgnis zum Thema gebundenen Ganztags zum Ausdruck bringen, einmal mehr noch zu verstehen, wo dort die Ängste liegen. Um das noch mal sehr deutlich zu sagen, ich habe es an vielen Stellen getan, auch in den letzten Tagen: Es geht hier überhaupt nicht darum, alle Hamburger Gymnasien in gebundene Ganztagschulen zu verwandeln, und das dann auch noch gegen den Wunsch der Eltern – mal ganz davon abgesehen, dass das wahnsinnig teuer ist, und sozusagen eine völlig irrealer Forderung wäre, würde ich sie, und das will ich sehr deutlich sagen, auch für völlig falsch halten. Es geht also nicht hier darum, Eltern einen gebundenen Ganztags vorzuschreiben, es geht aber darum, Eltern ein Angebot an gebundenen Ganztagschulen zu bieten. Sie wissen, dass wir im Moment gerade mal 10 Prozent der Hamburger Gymnasien haben, die gebundenen oder teilgebundenen Ganztags anbieten. Das ist weit weg von einem flächendeckenden Angebot. Und ich bin so, wie auch Herr Vogel das eben ausgeführt hat, keineswegs der Auffassung, dass eine gute gebundene Ganztagschule nur was fürs Prekariat ist, sondern das sollte ein Angebot sein, das Eltern, die dies wünschen für ihre Kinder. Und das ist auch schade, dass der Klaas nicht mehr da ist. Also wenn Klaas das nicht möchte und seine Eltern das nicht möchten, dann soll Klaas selbstverständlich nicht in den gebundenen Ganztags gehen, davon ist nicht die Rede. Und das wäre auch völlig falsch, Eltern so etwas vorschreiben zu wollen. Richtig ist aber

auch, dass 70 Prozent der Kinder heute GBS in Anspruch nehmen, übrigens auch in Stadtteilen, in denen viele Mütter nicht arbeiten und wo Eltern das eben trotzdem wichtig finden, dass ihre Kinder den Ganzttag besuchen. Und ich glaube, es ist eine Illusion, davon auszugehen, dass diese Eltern plötzlich mit dem Wechsel Klasse 5 der Meinung wären, dass ihre Kinder nicht mehr in den Ganzttag gehen sollten. Und deshalb, denke ich, ist eine Weiterentwicklung eines vernünftig ausgewogenen Angebots auch von gebundenen oder teilgebundenen Ganzttagsschulen in allen Stadtteilen wünschenswert. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, weil es, wie gesagt, sehr teuer ist, und weil es unbedingt – auch das will ich betonen – nur dann geht, wenn auch vernünftige Konzepte dafür im Vorwege vorliegen. Aber es wäre aus unserer Sicht ein Ziel, auf das man hinarbeiten sollte.

Ich habe als große Sorge wahrgenommen die Frage der Definition des Bedarfs. Der Bedarf wird von den Eltern definiert, um das klar zu sagen, und welche Entscheidungsmechanismen man dort zugrunde legt, ob das die Schulkonferenz ist, ob die Schulkonferenz im Vorfeld sich in der Elternschaft, und dann auch, mit welchen Quoren, zu vergewissern hat über den Elternwillen, das wären Dinge, die man dann in einem Gesetz ja auch noch mal beraten könnte oder müsste, beziehungsweise im Rahmen einer konkreten Drucksache. So weit sind wir ja hier noch gar nicht. Also insofern gibt es da auch keinen Grund zur Besorgnis.

Ich will auch sehr deutlich sagen, die Ziffer 2 unseres Antrags zur Rhythmisierung der Ganzttagsschulen bezieht sich ausdrücklich auf die jetzt bestehenden Ganzttagsschulen. Ich will – weil alle das gerne, auch viele das getan haben und von ihren Kindern erzählt haben – ich will gern mal von meinem ältesten Sohn erzählen, der am Montag bis abends um 10 Uhr im S1 in der Schule ist, das heißt, von morgens 8 bis abends um 10, mit jeweils zwei Stunden Unterbrechung. Ich will das nur mal so sagen. Und in der Schule, in der er ist, gibt es bis jetzt nicht mal ein richtiges Mittagessen, geschweige denn eine Betreuung über den Mittag hinaus. Es gibt keine Ruheräume, es gibt gar nichts. Also insofern, man muss sich einfach auch mal die Realität dann auch an den Schulen angucken, wenn man beurteilt, ob die Verhältnisse an den jetzigen Ganzttagsschulen besonderer Prägung dann wirklich so optimal organisiert sind.

Die übrigen Vorschläge sind uns übrigens genauso wichtig gewesen wie die zum Ganzttag, und da gibt es auch keine Wertung. Das ist also von manchen Eltern, die da sehr, nachvollziehbarerweise, sehr empfindlich sind, so wahrgenommen worden, aber das waren keineswegs die zentralen Punkte dieses Antrags. Es geht uns darüber hinaus darum, auch die G8-Gymnasien stärker zu unterstützen. Wir haben selbstverantwortete Schule, das soll auch so bleiben, aber das heißt nicht, dass man nicht den Schulen mehr an Beispielen, an Strukturen an die Hand geben könnte, an denen sie sich orientieren können, und dafür sprechen wir uns aus.

Zu den Leistungsnachweisen und der Koordination der Prüfungstermine. Da hat der Senat ja inzwischen etwas vorgelegt. Das halten wir zwar in Hinblick auf die Hausaufgaben auch für den falschen Weg, Herr Prange, da kann ich Ihre Kritik nur teilen. In Hinblick auf die Termine für die Arbeiten allerdings halten wir das für richtig. Und es gibt ja doch einige Schulen in Hamburg, die das auch vorbildlich leben. Insofern bin ich auch der Auffassung, dass man das schon kann, wenn man das denn auch will. Aber da ist noch Luft nach oben.

Verwaltungsleitung; haben wir von mehreren, von Ihnen auch, etwas zu gehört. Ob es dann immer eine Leitung sein muss oder möglicherweise eine Assistenz, das müsste man im Einzelfall entscheiden, aber dass die Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben, auch insbesondere dann, wenn sie zum Beispiel mit Baumaßnahmen befasst sind, entlastet werden müssen, ich glaube, darüber gibt es auch weitgehende Einigkeit. Allerdings ist auch das natürlich eine Frage der Finanzierung, aber wir meinen, dass, auch, wie der Rechnungshof das empfiehlt, man damit endlich mal beginnen müsste.

Den Ausfall von Fachunterricht reduzieren halten wir für ein ganz entscheidendes Thema. Auch ich erlebe das bei meinen Kindern regelmäßig, wenn Fachunterricht ausfällt, weil Lehrer auf Klassenfahrten, auf Ko-Reisen, auf ich weiß nicht, wo überall sind, auf Fortbildungen, dann wird halt gerne mal ein Film geguckt, und irgendwie passt der Film ja auch ins Fach, kann man ja auch irgendwie einen finden, der irgendwie vielleicht dann noch in die Nähe passt. Aber von einer Vertretung im Fachunterricht ist es weit entfernt.

Klassenwiederholungen ja, wir halten es für wichtig, das System "Fördern und Wiederholen" weiterzuentwickeln. Darüber haben wir verschiedene andere Anträge, die sowohl die Forderung nach einer externen Evaluation als auch nach einer stärkeren Unterrichtung durch Lehrer und eben nicht durch externe Honorarkräfte beinhalten, weil wir eben meinen, dass durch die mangelnde Verzahnung zwischen Vor- und Nachmittag bei "Fördern und Wiederholen" und auch das späte Einsetzen, das an sich richtige Konzept nicht vernünftig, oftmals nicht vernünftig umgesetzt werden kann. Darüber hinaus glauben wir tatsächlich, dass die Möglichkeit des Sitzenbleibens, und zwar nicht auf diese etwas verquere Art, wie sie im Augenblick besteht, als Option in den Instrumentenkasten gehört. Und allein schon die Tatsache, dass es diese Option gibt für viele Kinder und Jugendliche, eine wichtige Erkenntnis ist, um dann auch sich vielleicht doch noch mal ein bisschen anzustrengen und sich zu entwickeln. Das heißt nicht, dass wir "Fördern und Wiederholen" ablehnen, sondern das heißt, dass wir dies für eine sinnvolle Ergänzung halten würden. Und ich finde auch den Vorschlag, die Frage, wer kann das eigentlich beantragen – es geht einmal um die Frage der Beantragung, dann geht es um die Frage der Entscheidungskonferenz –, da meinen wir, dass die Entscheidungskompetenz an der Schule liegen sollte und nicht bei der Schulaufsicht.

Bei der Durchlässigkeit, das ist ja so ein bisschen so ein Treppenwitz, weil die Durchlässigkeit in Wahrheit ja höher ist, als sie je war. Wir haben ja wahnsinnig viele Wechsel vom Gymnasium zur Stadtteilschule, nur ist das Ganze leider total unorganisiert und führt zu sehr unbefriedigenden Ergebnissen. Auch das haben wir im Rahmen von anderen Anträgen schon intensiv diskutiert und haben dann leider die Mehrheitsfraktion bis heute auch nicht überzeugen können, aber da bleiben wir dran.

Bildungspläne sind dann ein weiteres Thema, auch das ist hier im Publikum aufgegriffen worden. Tatsächlich meinen wir, dass das Pendel zwischen Kompetenz und Fachwissen hier in Hamburg viel zu weit in Richtung Kompetenzen ausgeschlagen ist und dass wir da einen Schritt zurückgehen müssen. Das heißt wiederum nicht, dass man die Kompetenzorientierung völlig abschaffen müsste oder dass es zukünftig nicht mehr darauf ankäme, dass man das, was man weiß, auch präsentieren kann. Aber so, wie es heute läuft – und Herr Prange hat ja ganz eindrucksvolle Beispiele gebracht –, dass eben das wirklich ein Glücksfall ist, wenn man weiß, wie Grundlagen, also ein Glücksfall ist, ob man Grundlagen der Physik oder bestimmte Epochen in der Geschichte überhaupt erlernt hat, geschweige denn, Literatur gelesen hat. Also das ist ja eine absolute Katastrophe. Das sind Dinge, da tendieren wir dazu, in manchen Fächern da auch wirklich zu einem Kanon zurückzukehren, der dann verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler, und zwar übrigens auch in der ganzen Stadt, ist, damit man auch da einen gewissen kulturellen Grundschatz dann auch allen Schülerinnen, und zwar in allen Stadtteilen und unabhängig von der Bildungsnähe oder Bildungsferne der Eltern, vermitteln kann.

Schließlich sind auch wir der Auffassung, dass auch an die Gymnasien Sozialpädagogen gehören, weil die Anforderungen ob der Heterogenität und der Problemlagen, die auch an den Gymnasien... Das ist klar, fast 60 Prozent der Kinder sind am Gymnasium, dann gibt es diese Problemlagen auch am Gymnasium, daran muss gearbeitet werden.

Meine Damen und Herren! Das sozusagen in Kürze zur Motivation unseres Antrags und zu der Begründung für die einzelnen Anträge. Und ich freue mich jetzt auf einen Austausch mit den Damen und Herren Kollegen hier im Schulausschuss.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. – Doch zunächst hat sich der Herr Senator gemeldet, dem ich das Wort erteile. Bitte schön, Herr Rabe.

Senator Rabe: Ja, ich möchte mich ebenfalls bedanken für die vielen Anregungen von den Bürgerinnen und Bürgern, und zu einzelnen Punkten in dem Zusammenhang gern noch einmal Stellung nehmen. Da wurde unter anderem auf die Bildungspläne hingewiesen, und mit dem Hinweis auf die DDR gesagt, dass dort immerhin klarer geregelt war, was man unterrichtet und was nicht. Ich finde, wir sollten uns auch jetzt ehrlich machen und auch sagen, dass eine solche, über alle Schulen, Schulformen, Schulklassen herrschende Vorschriftenenge wie in solchen Lehrplänen auch in anderen Bundesländern in jeder Hinsicht unüblich sind. Und wir aus meiner Sicht eine vernünftige Balance herstellen müssen zwischen dem Wunsch, dass in Eidelstedt und Eppendorf doch die Schülerinnen und Schüler nicht was völlig Unterschiedliches lernen, aber wir auch in einzelnen Schulen und in dem Unterricht der Lehrkräfte auch eine Freiheit brauchen, damit dort entsprechend auch das Richtige und Angemessene für die Schülerinnen und Schüler auf den Weg gebracht wird.

Ich glaube, vor diesem Hintergrund in der Tat, dass die jetzigen Lehrpläne, gerade in Bezug auf die stoffliche Konkretisierung, noch Handlungsbedarf zeigen und man darüber nachdenken muss, wie wir hier weiterkommen. Ich will aber auch deutlich machen in dem Zusammenhang, und ich habe mir das sehr sorgfältig angeguckt, weil ich vor Kurzem auch eine Bürgerin da hatte, die ebenfalls schwärmte von den sehr klaren Vorgängen des damals anderen deutschen Staates. Ich habe sie mir damals deshalb sehr genau angeguckt, und ich muss ganz offen sagen, ich glaube, dass wir jetzt auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten sollten und uns ein Stück weit – zu Recht kritisch gegenüber der Entstofflichung der Lehrpläne – aufstellen, aber dann umgekehrt auch ein derart kleinschrittiges, mit auf Monate genau definiertes Vorgehen in jeder Klasse und in jedem Fach uns damit einhandeln sollten. Ich glaube, hier kommt es darauf an, eine vernünftige Balance hinzubekommen. Ich finde auch, dass dazu eine konkretere Stofflichkeit gehört. Aber ich will hier auch deutlich machen, dass wir alle – und das war die SPD keineswegs allein – diese Lehrpläne auf den Weg gebracht haben mit der Ansage, die Schulen mögen sie stofflich konkretisieren mit eigenen Curricula. Und wir uns vermutlich dann 120 Schulen gegenübersehen, von denen zufällig nur eine einzige genau das macht, was wir uns dann ausdenken zentral, und die anderen 119 ihre ganzen Lehrpläne, die sie da alle selbst gezimmert haben, unter Umständen wieder einkassieren müssen. Deswegen ist das keineswegs ein ganz einfacher Vorgang, den man sehr sorgfältig, glaube ich, beraten und auch mit den Schulen kommunizieren muss, um hier weiterzukommen. Richtig aber ist es, davon bin ich auch überzeugt.

Dann wurde darauf hingewiesen – und da will ich doch noch mal einen grundsätzlichen Irrtum aufklären, der immer wieder in der öffentliche Diskussion dargestellt wird –, dass wir in den Naturwissenschaften beispielsweise nur 19 Stunden hätten, und früher seien es 26 gewesen. Das Früher, das da angesprochen wird, solange es G8 betrifft, hatte auch nicht mehr Stunden zur Verfügung, weil G8 immer eine klare und immer einheitliche Stundenzahl hatte. Die Hamburger Studententafel ist dadurch gekennzeichnet, dass sie "Mindeststundenzahl" definiert. Wir müssen mindestens 19 Wochenstunden Naturwissenschaften machen, mindestens 22 Unterrichtsstunden in Mathematik. Mindestens heißt aber nicht, dass da keine Spielräume drin sind, denn, da wir überall nur ein "Mindestens" definieren, bleiben den einzelnen Schulformen zum Teil über 20 Wochenstunden zur freihändigen Verfügung, die sie dann wiederum den Fächern zuschlagen können, von denen sie glauben, dass sie für ihre Schülerschaft eine besondere Bedeutung haben. Und vor diesem Hintergrund kann man sogar über die 26 früheren naturwissenschaftlichen Stunden hinausgehen durch einen entsprechenden Einsatz dieser entsprechenden, in der Schule selber in der Verfügbarkeit liegenden Stunden. Und da muss ich dann doch der Lehrkraft aus dem, Christianeum, glaube ich, sagen, bitte, sprechen Sie

das in Ihrer Schulkonferenz an, dort wird genau das festgelegt, wo diese Stunden bleiben. Wenn Sie gerne möchten, dass das in Zukunft Politik zentral regelt, dann bleibt allerdings in der Schule auch diese freie Möglichkeit nicht mehr bestehen. Aber Sie können selbstverständlich an jeder Schule auch die ursprünglichen Stundenzahlen wiederherstellen. Das ist in der Logik des Systems eingebunden.

Ich will darüber hinaus noch einmal Stellung nehmen zu dem kurzen Hinweis auf das Lehrerarbeitszeitmodell. Ich weiß, dass es gerade zur Wahl immer wieder auch von allen vorgetragen wird, dass hier eine große Ungerechtigkeit vorliegt. Das Problem ist nur, dass niemand wirklich weiß, ob es so ist. Das weiß niemand, auch die Lehrkräfte wissen es nicht. Denn so wie es richtig ist, wie der Lehrer vorgetragen hat, dass es Lehrkräfte gibt, die 29 Unterrichtsstunden haben, so gibt es genauso Vollzeitlehrkräfte, die mit 15 Unterrichtsstunden davongehen, weil wir nämlich, anders als die meisten anderen Bundesländer, in unserem Lehrerarbeitszeitmodell als Baustein drin haben eine riesige Menge von Freistellungsstunden für die schulische, organisatorische Arbeit, viel, viel mehr als in anderen Bundesländern. Und wenn diese Menge an Freistellungsstunden, so würde ich es verkürzt nennen, wir nennen das anders, auch nur halbwegs vernünftig auf die Lehrerinnen und Lehrer verteilt werden, dann ergeben sich wesentlich geringere Unterrichtsstundenmengen als diese einzelnen, extremen Fälle suggerieren. Wir haben dazu in einem Vergleich – ich weiß gar nicht, ob es sogar auf eine Kleine Anfrage hin war, ich meine, ja, aber sonst muss ich –, haben wir extra den Auftrag bekommen, uns eine Schule aus Schleswig-Holstein oder so was vorzunehmen und eine Hamburger, und das mal auszurechnen. Und bei diesem Vergleich stellte sich heraus, wenn wir deren Arbeitsmodelle übernehmen – und das bitte ich zu berücksichtigen bei allen Forderungen –, dann kann es sein, dass Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer mehr unterrichten müssen als bisher, weil nämlich die anderen Bundesländer viel weniger solche Freistellungsstunden haben. Ich räume ein, dass eine ungerechte Verteilung der Freistellungsstunden auf die Lehrkräfte dann dazu führen kann, dass der eine sehr viel unterrichtet, mehr als in anderen Bundesländern. Aber im Durchschnitt, durch diese vielen Freistellungsstunden, ist es eben nicht so. Deswegen bin ich manchmal etwas überrascht, dass man mittlerweile den Eindruck hat, es ist unter allen Lehrern eine klare Erkenntnis, dass, wenn wir Niedersachsen oder schleswig-holsteinische Modelle kopieren, sich alles in Wohlgefallen auflöst. Ich fürchte, dass dann an den Gymnasien sich hier die Frage stellt, dass vermutlich eine Reihe von Kollegen, und zwar mehr als die Hälfte, eher mehr arbeiten müssen als weniger. Aber ich will ganz deutlich sagen, auch, weil es ein Wortprotokoll ist, verlässliche Zahlen über ganze Bundesländer liegen dafür nicht vor. Es ist nur in einzelnen entsprechenden Studien doch deutlich geworden, dass das Hamburger Lehrerarbeitszeitmodell aufgrund der vielen Vergünstigungen keineswegs diese hohen Stundenbelastungen mit sich bringt, die suggeriert werden, wenn man die Vergünstigungen nicht berücksichtigt.

Dann möchte ich kurz auf einzelne Punkte des CDU-Antrags deshalb eingehen, soweit sie zumindest auch von den Bürgerinnen und Bürgern vorgetragen worden sind. Die erste Frage hat sich rund um die Ganztagschulen entzündet. Ich glaube, wir tun gut daran, einerseits darauf hinzuweisen, dass es schwer ist in einer Stadt mit 1,2 Millionen Wahlberechtigten, jetzt eine absolute Einstimmigkeit für irgendwelche großen Reformen herzustellen. Wenn es um die Akzeptanz des Ganztages geht, darf ich persönlich sagen, war ich überrascht von dem hohen Zuspruch für die offenen Ganztagsangebote in der Grundschule. Es wurde hier in einem Wortbeitrag so behauptet, es gäbe gar keine offenen Angebote, das ist wirklich nicht wahr. Bei 124 Grundschulen ist die Teilnahme rein freiwillig. Es sind sogar noch mehr, weil auch einzelne der schulischen Ganztagschulen nur ein... Oder warum sage ich nur, lediglich, das ist auch schon schlecht, wie auch immer, ein offenes Angebot haben und auch dort die Teilnahme freiwillig ist, sodass man fast sagen kann, in zwei Drittel bis drei Viertel aller Grundschulen ist die Teilnahme freiwillig. Und wenn man jetzt einzeln die GBS-Schulen beispielsweise, die alle freiwillig sind, auszählt, stellt man auch hier fest, die Teilnahmequote liegt bei über 70 Prozent, sodass, wenn wir hier zu Mehrheitsabstimmungen kommen wollen, die Entscheidungen vermutlich relativ eindeutig

ausgehen würden. Trotzdem halte ich es nicht für richtig, wenn wir hier mit der Brechstange und mit großem missionarischem Geist die Gymnasien konfrontieren mit dem Zwang, gebundene Ganztagschule zu werden.

In dem CDU-Antrag habe ich mich festgehalten an dem Wort "nach Bedarf". Ich verstehe dieses "nach Bedarf" so, dass dieser Bedarf durch die Schulkonferenz jeweils formuliert wird. Und Frau Prien hatte zugleich gesagt, dass angesichts der finanziellen Probleme des Ganztags wir ja ohnehin jetzt nicht in eine Entwicklung hineinschliddern, die dazu führt, dass in den nächsten drei Jahren alle 50 oder 60 Gymnasien umgewandelt werden, sondern dann, wenn ein Schulkonferenzbeschluss hier eindeutig vorliegt. Und so haben wir es immer in Hamburg gemacht, bei den Stadtteilschulen genau wie bei den Grundschulen. Dann ist zumindest eine Voraussetzung gegeben für einen möglichen Start in den Ganztags, eine zweite wäre dann auch, dass die Politik das unterstützt und auch finanziert. Von daher finde ich es richtig, hier die Entscheidung der Schule zu überlassen und sich nach dieser Entscheidung auch zu richten. Und ich sage hier zumindest für den Hamburger Senat: Wir werden nicht gegen den Willen einer Schulkonferenz eine Schule zu einer Ganztagschule weiterentwickeln.

Dann ist auch darauf hingewiesen worden, dass die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. In der Tat, hier muss man auch ganz offen sagen, dass das eine riesengroße Aufgabe ist, und das kann nicht von heute auf morgen geschehen. Ich weise in dem Zusammenhang nur darauf hin, dass wir bei unserem Schulbauprogramm fast ein Drittel der Baumittel auch für das Gymnasium reserviert haben, um hier deutlich weiterzukommen. Und es ist ein sehr umfassendes Bauprogramm im Verhältnis zu dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre, der unter 200 Millionen Investitionen pro Jahr vorsah, sind wir jetzt mit den Berufsschulen zusammen bei 350 und haben insofern hier schon eine Menge, was wir ermöglichen können. Und dennoch sage ich all denjenigen, die sagen, nun müsste man es doch auch ganz sorgfältig und ganz toll und ganz besonders machen: Angesichts eines 30-jährigen Sanierungsstaus, angesichts wachsender Schülerzahlen und angesichts auch längerer Schulzeiten der Schülerinnen und Schüler kann man trotzdem, trotz einer fast Verdoppelung der Mittel, hier nicht alles so machen, wie man sich das idealtypisch vorstellen kann.

Das gilt übrigens bei den Gymnasien ganz besonders für die Kantinen. Ich erinnere noch mal daran, die sind gebaut worden mit einer Maßgabe, die aus meiner Sicht damals schon erkennbar viel zu gering war. Sie sollten ausschließlich für die Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 bis 10 einen Platz haben, und da auch wiederum im Drei-Schicht-Betrieb. Und das heißt konkret, man hat von vornherein überhaupt nur die Hälfte der Schüler berücksichtigt bei der Anlage, und von dieser Hälfte dann wiederum auch nur Bruchteile, die zu den Kantinen geführt haben. Das nehmen wir deshalb sehr ernst, an der Stelle weiterzumachen. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode allein bei sechs Gymnasien immerhin 10 Prozent bedarfsgerechte, größere Kantinen gebaut, und die Bauarbeiten von weiteren zwölf angeschoben, die in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden sollen, sodass wir hier also bei den Ganztagsangeboten zumindest deutlich vorankommen. Dass wir insgesamt uns mehr Platz an vielen Schulen wünschen, auch bei den Gymnasien für Ruheräume und alles mehr, das ist davon unberücksichtigt. Aber im Kern müssen wir jetzt bei dem Nötigsten anfangen, und das machen wir, um insbesondere die Aufenthaltsqualität im Ganztags und in dem Restaurantbereich sozusagen zu ermöglichen.

Ich will dann zum Schluss noch einmal auf die Sache mit dem Fördersystem, mit Sitzenbleiben und Wiederholen und die Durchlässigkeit zwischen Stadtteilschule und Gymnasium eingehen, weil das aus dem Publikum auch angesprochen worden ist. Bei dem "Fördern statt Wiederholen" haben wir gesagt, man kann wiederholen unter besonderer Maßgabe, aber es müssen drei zustimmen: die Schule, die Eltern und die Behörde. Diese Hürde ist hoch, aber lange nicht so hoch, wie suggeriert wird. Sie hat im Großen und Ganzen dazu geführt, dass das Sitzenbleiben keineswegs abgeschafft wurde, sondern sich nicht mal

halbiert hat. Das muss man berücksichtigen, wenn man jetzt eine Weiterung fordert. Diese Weiterung führt zwangsläufig in den alten Zustand zurück. Das kann man wollen, aber man muss nicht so tun, als ob es hier noch sanfte Zwischenstadien gibt. Wir sind immer noch, was das Sitzenbleiben angeht – und Sie sind ja mit Kleinen Anfragen sehr genau dabei, das zu überprüfen –, auf einem Niveau, von dem man nun weiß Gott nicht davon sprechen kann, dass in Hamburg nicht sitzengeblieben wird, sondern im Gegenteil, dass es noch extrem häufig vorkommt, insbesondere in den Klassen 10 und 11, mit großer Leidenschaft für alle möglichen Runden genutzt wird, mit Sinn oder Unsinn, das möchte ich hier nicht kommentieren. Wenn wir hier die alten rechtlichen Rahmenbedingungen wieder ermöglichen, haben wir den alten Zustand schlicht wieder. Und dann müssen vielleicht nicht die Bürger, aber wir Politiker, schlicht beantworten, wenn das so ist, dann ist die Finanzierung des Förderunterrichts nicht mehr möglich. Und das muss man schlicht wissen. Und das, glaube ich, wissen auch alle, die hier sitzen, und dann muss man sich auch entscheiden, was man will von beidem. Beides geht nicht.

Das Gleiche gilt übrigens bei den Punkten – aber das nur am Rande –, ich wünsche mir ja auch mehr Sozialpädagogen und einen Verwaltungsleiter. Aber ehrlicherweise muss dann auch mal einer sagen, wer das wovon bezahlen soll. Dass wir bei den Verwaltungsleitungen was tun könnten, sage ich nur am Rande, denn im Moment wird die Verwaltungsarbeit ja auch gemacht. Und zwar von wem? Sie reden, haben es ja zu Recht gesagt, es sind die Lehrerinnen und Lehrer, die das über ihre Freistellungsstunden machen, sicherlich mit großer Leidenschaft, aber nicht immer mit der nötigen Ausbildung dafür. Wenn das aber so ist, dann könnte man theoretisch aus diesen Freistellungsstunden durchaus Verwaltungsleiter anstellen, würde dann weniger Lehrer haben. Allerdings braucht man sie ja auch nicht für die Verwaltungsarbeit mehr. Auf diesem Wege allerdings haben wir schon diese Möglichkeiten geschaffen. Schulen könnten das sehr wohl tun. Und Sie wissen, bei einer Schule mit 100 Lehrern sind alleine 15 Lehrer von morgens bis abends nur dafür da, Verwaltungsarbeit zu machen. Das ist ja gar nicht wenig, was da ist. Und deswegen ist hier eigentlich der Spielraum, der ist auch rechtlich nutzbar, er wird zurzeit noch nicht genutzt, ob es Tradition ist und ob es noch Beratung bedarf oder vieles mehr, das muss man prüfen.

Trotzdem noch mal zurück, weil ich sagte, das Wiederholen war die eine Frage, und die andere die Durchlässigkeit. Bei der Durchlässigkeit müssen wir uns auch ehrlich sagen, es geht um ein Abwägen von zwei Risiken und zwei Chancen. Und diese Abwägung haben wir zurzeit so gemacht, dass wir in Klasse 6 oder nach Klasse 6 und nach Klasse 10 einen institutionalisierten Übergang im Gymnasium auf die Stadtteilschule ermöglichen. Wenn wir manche individuelle Notlage sehen, würde auch ich mir wünschen, dass wir das häufiger auch in Klasse 7 und in Klasse 9 und zwischendurch machen. Das ist das eine, was man abwägen muss. Wenn ich aber auch die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler an der Stadtteilschule sehe, die in Klassen sind, wo alle naslang ein neuer reinkommt, die manchmal in einer Klassengemeinschaft groß werden, und die Klasse wird schlicht geteilt, nur weil dauernd – darf ich zugespitzt sagen – Gymnasiasten hereinträufeln, dann hätte ich dort als Eltern und als Kind andere Interessen, als Gymnasiasten aufzunehmen, weil ich auch sage, diese Schüler haben auch einen Anspruch auf einen kontinuierlichen Lernprozess in einer stabilen, sozialen Gruppe. Und der ist nicht möglich, wenn jedes Jahr mehrere Schülerinnen und Schüler dazu kommen aus dem Gymnasium. Dass es sehr viele sind, das wissen Sie so gut wie ich. Alleine nach Klasse 6 gehen mittlerweile 800 Schülerinnen und Schüler, wechseln vom Gymnasium auf die Stadtteilschule. Im Laufe der nächsten Jahre kommen ja noch im Rahmen von Ausnahmegenehmigungen eine ganze Reihe dazu. Und wenn wir das öffnen, werden wir sicherlich davon sprechen, dass über die gesamte Distanz von Klasse 5 bis Klasse 10 jedes Jahr weit über 1000 Schülerinnen und Schüler von der einen Schulform in die andere übergehen. Und das kann die andere nicht so verkraften. Denken Sie bitte daran, das ist fast 20 Prozent dessen, was die Stadtteilschule als Startschülerschaft-Größe hat, und wenn da 20 Prozent dazu kommen, dann kann man das in dem System einfach nicht so abbilden. Deswegen kann ich häufig Eltern gut verstehen, die sagen, ja, alle haben sich Mühe

gegeben und in Klasse 6 noch mal die Augen zuge drückt und mein Kind mit viel guten Worten, und ich war auch zuversichtlich, in die Klasse 7 rübergehievt, und in Klasse 8 wurde eindeutig, das macht echt keinen Sinn mehr. Und dass dort individuelle Notlagen entstehen, sehe ich. Für die wir übrigens Ausnahmeregelungen schaffen, wenn sie sehr groß sind. Aber umgekehrt muss man auf der anderen Risikoseite die Stadtteilschule mit ihren vielfältigen Aufgaben und Problemen sehen, die sicherlich erheblich größer werden, wenn alle naslang hier weitere Schülerinnen und Schüler dazu kommen. Und deswegen ist doch der Appell von uns an die Schule, bei den Übergangsmöglichkeiten, sorgfältig und beratend mit den Eltern, auch diese Entscheidung richtig zu treffen, damit wir eben nicht ständig in Klasse 8 und Klasse 9 noch diese vielen Notfälle haben.

Soweit meine Stellungnahmen zu dem. Ich habe mir so viel notiert, dass ich jetzt auch nicht so lange reden will. Ich glaube, zu Hausaufgaben ist auch noch was gesagt worden, aber das kann ich vielleicht im Rahmen der jetzt beginnenden Diskussion gegebenenfalls nachholen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. – Dann gebe ich jetzt Herrn Holster das Wort, und danach Frau von Treuenfels.

Abg. Lars Holster: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte auch zunächst auf das Thema Gymnasium und Ganztagschule eingehen, was ja hier intensiv am Anfang diskutiert wurde. Schade, dass Frau Kirsch jetzt nicht mehr da ist, ich hätte ihr gerne noch mal auch darauf geantwortet, auf ihre doch harte Kritik gegenüber dem Petitumspunkt der CDU. Also ich habe jetzt mehrfach gelesen, und ich kann nicht finden, wo drinsteht, dass die CDU die flächendeckende, sofortige Einführung aller Ganztagschulen der Gymnasien in Hamburg fordert. Und das haben auch die GRÜNEN in ihrem letzten Antrag nicht gefordert. Insofern bin ich hier etwas verwundert über diese massive Kritik zu diesem Petitumspunkt.

Wir haben als SPD-Fraktion durchaus auch gesagt, wir stellen uns da eine etwas andere Formulierung vor, die wir hier stellen wollen. Das haben wir auch in der vorletzten Schulausschusssitzung, haben wir das beantragt. Das ist leider nicht zur Abstimmung gekommen, deshalb würde ich das gern noch mal wiederholen, wie wir uns diese Formulierung vorstellen, nämlich als Prüfauftrag werden wir das im Rahmen der Haushaltsberatungen jetzt in der Bürgerschaft beantragen, im Rahmen eines Haushaltsantrags zu prüfen, wie wir Gymnasien nach Bedarf und auch nach Bedarf, der erst mal festgestellt werden muss, von Ganztagschulen besonderer Prägung zu Ganztagschulen nach Rahmenkonzept weiterentwickeln können. Ich glaube, der Begriff "gebundene Ganztagschule" hat hier die einen oder anderen vielleicht etwas verwirrt.

Dann auch noch mal ganz kurz die Klarstellung, der Senator hat es eben schon gesagt, aber das ist mir auch noch mal wichtig, dass wir das betonen: Die Grundschulen, die jetzt alle auch Ganztagsangebote haben, sind nicht alle gebundene Ganztagschulen. Also das ist nicht ein verpflichtendes Angebot, sondern auch diese 70 Prozent, worauf eben schon hingewiesen wurde, ist ein freiwilliges Angebot, was die Eltern dort in Anspruch nehmen. Insofern ist das jetzt nicht ganz richtig dargestellt worden. Also GBS ist freiwillig, und das ist, glaube ich, auch noch mal sehr zu betonen.

Dann möchte ich gern noch auf Herrn Prange eingehen. Ja, das Lehrerarbeitszeitmodell, da wird immer wieder gefordert, das muss kritisch betrachtet werden. Wenn ich auf Diskussionsrunden sitze – wir waren ja häufiger auch schon bei der GEW –, dann wird eigentlich nicht die Frage gestellt, was wollen wir verändern, sondern wie viel mehr Ressource soll eigentlich ins System. Und ich finde, es lohnt sich schon mal anzuschauen, warum ist eigentlich eine Deutschstunde in Klasse 1 wesentlich geringer faktorisiert als eine Deutschstunde im Jahrgang 12? Wohl wahr, ist dort mehr Korrekturaufwand, aber der Aufwand, hier Schülerinnen und Schülern das Lesen und Schreiben in Jahrgang 1 beizubringen, hier Unterricht vorzubereiten, da ist eine große Lücke. Ein

Aufeinanderbewegen vielleicht von gewissen Faktoren, auf eine Aufeinanderbewegung genauer zu schauen, das ist vielleicht lohnenswert, sich anzusehen, aber hier flächendeckend immer zu fordern, es muss wesentlich mehr Ressource über das Lehrerarbeitszeitmodell, da kommen wir, glaube ich, nicht weiter.

Und da sind wir auch bei dem Punkt, was die CDU fordert, mit den Sozialpädagogen. Ganz charmante Idee, aber auch da sehr unkonkret. Mehr Sozialpädagogen einzustellen, was heißt denn das? Jedes Gymnasium einen Sozialpädagogen, das wären dann 60 Sozialpädagogen und mehr in der Stadt. Oder 100 Sozialpädagogen, weil man einen Schlüssel hat nach Schülerzahlen? Das muss man wirklich mit Fragezeichen betrachten, weil, das muss finanziert werden. Heißt das auch, dadurch, dass die Gymnasien sich auf den Weg der Inklusion machen müssen mit den Sozialpädagogen? Das sind für uns noch große Fragezeichen, sowohl die Finanzierung als auch die Frage, wie sich Gymnasien an das Thema Inklusion mit ran trauen.

Dann noch mal ganz konkret zum CDU-Antrag. Ich habe es eben schon gesagt, wir hatten in der vorletzten Ausschusssitzung schon versucht, hier auch vielleicht eine Art Kompromissvorschlag vorzulegen für eine Petitionsänderung. Das ist letztes Mal abgelehnt worden, das Risiko gehen wir heute nicht ein, sondern werden dann im Rahmen eines Haushaltsantrags unseren Petitionspunkt zur Ganztagschule einbringen.

Viele Dinge sind auch auf den Weg gebracht, Frau Prien hat es eben schon gesagt, die Entzerrung der Klausurpläne. Der Unterrichtsausfall wird intensiv jetzt erhoben, ich glaube, da sind viele Dinge auf den Weg gebracht worden. Insofern haben sich eine ganze Reihe von Punkten aus dem CDU-Antrag erledigt. Zum Thema Ganztagschule werden wir einen eigenen Petitionspunkt vorlegen. Und die Durchlässigkeit und dass das Sitzenbleiben wieder eingeführt wird, lehnen wir auch weiterhin ab. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja, danke schön. – Dann Frau von Treuenfels, bitte.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben hier über viele Dinge, finde ich, gesprochen, die für mich jedenfalls keine neuen Diskussionen sind. Deswegen möchte ich mich jetzt sehr kurzhalten. Ich finde den CDU-Antrag in einigen Punkten sehr sinnvoll und sehr gut, wiewohl ich mich wundere, dass gerade zu den für mich jedenfalls Kernpunkten betreffend der Durchlässigkeit und der Klassenwiederholung, als wir den Antrag ein Jahr früher eingebracht haben, die CDU sich einfach enthalten oder dagegen gestimmt hat. Man kann ja seine Meinung ändern, und deswegen freue ich mich, dass wir jetzt zu einer gemeinsamen Meinung gekommen sind und finde das auch gut und hoffe, es bleibt dann jetzt auch mal dabei.

Ich teile die Sorgen derer, die hier vorgetragen haben, dass das Petition in Bezug auf den Ganztags zumindes so formuliert ist, dass man Schwierigkeiten haben könnte, dass – jedenfalls als Bürger, der sich da vielleicht nicht vorstellen kann, wie so ein Petition formuliert wird –, dass der Ganztags nicht doch ein bisschen durch die kalte Küche überall eingeführt werden sollen könnte. Und das ändert auch nichts am Petition der SPD, das jetzt hier, finde ich, wachsweiß auch noch vorgetragen ist. Wir sind dagegen, und deswegen haben wir damals – und da erinnere ich mich noch mal an den Antrag, den wir damals auch mit der SPD zusammen beschlossen haben –, das Schulgesetz um den 13.2 ergänzt, wo der Halbtagsgrundsatz sozusagen ins Schulgesetz reingeschrieben worden ist. Deswegen habe ich da, ehrlich gesagt, gar keine großen Befürchtungen. Wenn das Schulgesetz nämlich nicht geändert wird, dann würde dieser Antrag der CDU, jedenfalls meines Erachtens nach, dem sowieso widersprechen. Den kann man jetzt ablehnen oder auch nicht ablehnen, aber das steht ja schon im Schulgesetz drin. Und das, was im Schulgesetz drinsteht, ist ja auch einklagbar. Das dazu.

Zu dem Thema Klassenwiederholungen, das sehe ich ein bisschen anders als Senator Rabe, deswegen möchte ich diesen einen Punkt dann doch noch mal ausführen. Ich glaube nicht, dass den Kindern damit gedient ist, wenn man sie bis zum ersten Abschluss, den sie ja machen, das ist ja die Mittlere Reife, also zehnten Klasse, mit dem Nachhilfeunterricht sozusagen immer wieder versucht, irgendwie auf dies Niveau der Klasse zu bringen, um sie dann spätestens, wenn sie ihren Abschluss machen, an diesem Abschluss scheitern lassen zu können. Ich halte das für nach wie vor wirklich sinnvoll, dass man die Klassenwiederholung jedenfalls wieder möglicher macht. Ich würde nicht da zurückgehen, so wie früher, mit zwei Fünfen muss man eine Klasse wiederholen. Wir haben ja damals auch einen Antrag eingereicht. Und ich stehe nach wie vor dazu und finde das auch richtig, man hört es von Lehrern und auch von Schülern, was mich wundert, dass sie die Klassenwiederholung für sinnvoll halten. Ich halte das nach wie vor für wichtig, wirklich für wichtig.

Zum Thema Durchlässigkeit – das unterstützen wir auch, das haben wir ja nun auch schon zweimal gefordert – finde ich die Ausführungen von Senator Rabe zwar nachvollziehbar, was die Schulen angeht, möchte aber dennoch sagen, dass es hier doch ja um die Eltern geht und deren Kinder. Wenn man bedenkt, dass die nach der sechsten Klasse, sozusagen, dass da so eine Zementierung deren schulischen Lebenslaufs irgendwie stattfinden soll, weil man den Schulen nicht zumuten möchte, dass die Schüler wechseln, dann halte ich das nicht für das schlagende Argument, ehrlich gesagt.

Der zweite Punkt ist, dass hier immer nur darüber gesprochen wird, dass die Schüler vom Gymnasium abgeschult werden auf die Stadtteilschulen. Kann das nicht auch mal umgekehrt sein? Wir müssen uns doch mal irgendwie vergegenwärtigen, dass nach der vierten Klasse alle Eltern panisch ihre Kinder jetzt schon auf dem Gymnasium anmelden, weil sie denken, zurück geht ja nicht. Warum kann es nicht auch mal der Gedanke so sein, dass man sagt, erst mal Stadtteilschule, und wenn die sich entwickeln und weiterentwickeln, was wir alle hoffen, und vielleicht auch gut für mein Kind ist, kann es da ja bleiben. Und man nicht denken muss, ich muss mein Kind unbedingt aufs Gymnasium anmelden, sondern dass das Ganze so ein bisschen flexibler wird, und dass das Ganze auch ein bisschen kindgerechter wird. Und wenn die Kinder sich auf der Stadtteilschule wohlfühlen und dann vielleicht auch mehr Kinder dahingehen, dann wird das Niveau vielleicht auch sozusagen automatisch sich anheben, und man muss nicht immer Angst haben vor irgendwelchen Rückläuferklassen, Abmeldung, Umschulung und wie man das auch immer benennen möchte. Man kann das Ganze doch ab der Mittelstufe einfach ein bisschen lockerer handhaben. Ich glaube, das wäre für Eltern und für Schüler und letztendlich auch die Schulen, diese Flexibilität, das Allerbeste, was wir fordern können. Und deswegen werden wir diesen Antrag wahrscheinlich auch noch ein viertes Mal stellen, so lange, bis Sie ihn dann endlich mal annehmen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Frau Dr. von Berg, bitte.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ja, in der Tat haben wir einige Punkte schon mehrfach diskutiert hier, ganz besonders im Bereich des Ganztags. Wir hatten ja auch einen ganz ähnlichen Antrag gestellt, da wir beantragt hatten, auf Wunsch oder beziehungsweise auf – wenn die Schulkonferenz dem zugestimmt hat –, dass ein Gymnasium sich dann auch auf den Weg machen kann zu einer echten, rhythmisierten Ganztagschule. Das wurde ja leider von der SPD abgelehnt, und nun wurde, las ich gestern im "Abendblatt", nun kommt es doch. Das freut mich natürlich sehr. So kann man das natürlich auch gestalten.

Jedenfalls, was mich heute sehr gewundert hat, das war doch, dass so vehement gegen Ganztagschulen an Gymnasien argumentiert wurde, und es überhaupt anscheinend für Stadtteilschulen ja wohl nie eine Rolle gespielt hat. Da frage ich mich doch manchmal, ob hier in dieser Stadt mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Also für Stadtteilschulen

okay, für Gymnasien nicht. Also, weil die Stadtteilschulen, die allermeisten sind tatsächlich vollgebundene Stadtteilschulen. Ich habe nie an irgendeiner Stelle Protest gehört, dass nun Stadtteilschulen gebundene Ganztagschulen werden sollen. Das möchte ich einfach nur noch mal so als Impuls hier auch ins Plenum geben. Das macht mich schon so ein bisschen stutzig, um es mal so zu sagen.

Dann habe ich aber noch zwei ganz konkrete Fragen an den Senat, wo wir hier ja auch bestimmt Haushalts... Also eine Haushaltsfrage habe ich noch, und zwar geht es um die Verwaltungsleitungen. Da frage ich mich, ob es nicht den Gymnasien oder auch den Stadtteilschulen möglich wäre, tatsächlich dieses Budget, was sie bekommen, nicht auch tatsächlich für Verwaltungsleitungen freizustellen? Das hatten Sie ja, Herr Senator Rabe, im Prinzip so auch gesagt. Und ob so nicht eigentlich sogar Gelder frei würden? Weil Verwaltungsleitungen nun mal weniger teuer sind als Lehrkräfte? Meiner Ansicht nach jedenfalls, ich glaube, wenn man sich diese Personalkostentabelle anguckt, sind Lehrkräfte, glaube ich, teurer als Verwaltungsleitungen. Jedenfalls in Niedersachsen, weiß ich, gibt es die Verwaltungsleitungen, die werden nach E10 bezahlt, Lehrkräfte in der Regel ja nach A13 oder A14 oder auch A12. Das wäre so eine konkrete Frage, weil tatsächlich, glaube ich, für... also, sehen wir, glaube ich, alle auch hier im Raum so, dass es wirklich sinnvoll wäre, Verwaltungsleitungen an Schulen zu haben, da Lehrkräfte unterrichten sollen, erst mal Kernaufgabe, und nicht verwalten. Und Schulleitungen ganz genauso, dass die auch noch entlastet werden müssten und die ja mit Schulentwicklung sich beschäftigen sollten.

Dann habe ich doch noch mal eine Frage, das kam auch aus dem Publikum. Was passiert eigentlich mit dem Schatz an Vorschlägen, der gekommen ist im Rahmen der Befragungen G8/G9? An mir ist es vorbeigegangen, was mit diesen Vorschlägen passiert. Ob es noch mal Gespräche gibt, um auch Zielkonflikte, die es mit Sicherheit gibt bei diesen Vorschlägen, auch noch mal auszuloten, vielleicht auch noch neue Ideen zu bekommen für die Weiterentwicklung von Gymnasien. Da Gymnasien unserer Ansicht nach auch – man sollte es nicht glauben, aber auch wir GRÜNE kümmern uns wirklich um Gymnasien –, da Gymnasien es auch verdient haben tatsächlich, jede Unterstützung zu bekommen im Bereich der Schul- und Unterrichtsentwicklung. – Soweit erst mal.

Vorsitzender: Gut, ja. – Herr Dr. Scheuerl, bitte.

Abg. Dr. Walter Scheuerl: Wollen wir nicht Herrn Senator Rabe erst antworten lassen?

Vorsitzender: Möchten Sie das jetzt gleich tun, oder nachher zusammenfassen? – Bitte schön.

Senator Rabe: Zunächst einmal, der sogenannte Schatz an Vorschlägen. Hier hatten wir ursprünglich geplant, ihn entsprechend zu veröffentlichen. Das Problem war allerdings, dass nicht für alle Rückmeldungen eine Veröffentlichungsmöglichkeit freigeschaltet war, oder, anders herum, erlaubt war, was den familiären oder den Bürgerrücklauf anging. Wenn es um die Schulkonferenzvorschläge ging, meinte ich, wir hätten ihn vorgestellt. Wir wollten ihn eigentlich auch zur Verfügung stellen. Ich glaube, wir haben sogar riesige fotokopierte Mengen dem Ausschuss zur Verfügung gestellt. Und wenn das bei Ihnen verloren gegangen ist, suchen wir gern und kopieren noch mal. Aber ich meine, wir haben das, was die Schulkonferenzen beschlossen haben, dargestellt. Eingesannt ist es auch, höre ich gerade. Also das können wir gerne noch einmal nachreichen.

(Zuruf: Umsetzen!)

– Ja, umsetzen, ich glaube, vielleicht bin ich dann doch der Einzige, der das gelesen hat, aber ansonsten kann ich nur sagen, ich freue mich auf die Beratungen mit Ihren Parteien im Haushaltsausschuss, um die 10 bis 15 Millionen Euro zu bekommen, um das umzusetzen, denn es waren ja nicht in dem Sinne jetzt Vorschläge, wie wir das anders organisieren,

sondern es war eine reichhaltige Wunschliste, was man alles an den Schulen noch machen müsste, damit sie ganz schön sind und sehr viele Lehrer mehr haben. Und das muss man schlicht sehen. Deswegen haben wir uns das sehr sorgfältig angeguckt, und ein paar Dinge haben wir auch ernst genommen, insbesondere die schwierige Ausstattung in den ganzen Restaurants und öffentlichen Bereichen, die wir uns ja auch sorgfältig angucken. Aber im Großen und Ganzen die vielen Fragen nach mehr Lehrern und mehr Personal und mehr Sozialpädagogen und mehr Verwaltungsleitungen, Bibliothekare und so weiter, was soll ich dazu jetzt sagen? Also das ist doch relativ offensichtlich, dass wir in den letzten Jahren sehr viel für Hamburgs Schulen gemacht haben. Ich habe im Moment den Eindruck, dass keine Partei nach dieser doch dramatischen Zuspitzung der zusätzlichen Ressourcen vor allem im Bildungsbereich in der nächsten Legislaturperiode nicht auch anerkennt, dass es noch neun weitere Ministerien gibt mit entsprechenden Aufgaben, um die man sich auch kümmern muss. Und deswegen sage ich Ihnen ganz offen, mit dem Umsetzen ist das eine Sache, die so läuft wie immer, man guckt sich das an, man wird sicherlich auch Schritte gehen und hier vorankommen, aber das alles auf einmal jetzt von heute auf morgen umzusetzen, ist, glaube ich, dann doch etwas viel gedacht. Aber die Vorschläge können Sie sich ja gerne alle daraufhin noch mal durchlesen, und es bleibt ja jedem auch unbenommen, parlamentarische Initiativen zur Umsetzung dieser Vorschläge auf den Weg zu bringen.

Und dann will ich das Zweite noch mal ansprechen mit der Verwaltungsleitung. Sehr wohl kann das jetzt jederzeit gemacht werden, theoretisch spart man dabei etwas, aber wir haben diese Einsparungen, Frau von Berg, immer bei den Schulen gelassen. Ich nenne dafür ein Beispiel. Die Vorgängerregierung hatte an neun Schulen Schulbibliotheken eingeführt mit entsprechendem Personal. Wie üblich über Projektmittel kurzfristig finanziert und dann war das Geld plötzlich alle und es gab auch nichts im Haushalt, um das entsprechend fortzusetzen. Und hier haben wir Gespräche mit den Schulen geführt und ihnen angeboten, dass sie sehr wohl, statt wie üblich sonst in Schulen, eine Lehrkraft teilfreizustellen, mit Freistellungsunterrichtsstunden dann als Bibliothekar zu nutzen, dass man stattdessen auch die Lehrerstunden umwandeln kann in die Stunden eines Bibliothekars, der in der Tat ein geringeres Gehalt hat. Und den Gewinn dabei, den haben wir den Schulen gelassen, das konnten sie dann entweder in noch mehr Bibliothekare umsetzen oder, indem sie nicht ganz so viele Lehreranteile gekürzt haben, wie sie umgekehrt Bibliothekarsstellen auf den Weg gebracht haben. Und insofern: Ja, es gibt einen Einsparungseffekt, der sollte aus meiner Sicht bei den Schulen bleiben und auch einen Anreiz für Schulen sein, diesen, wie ich finde, sinnvollen Weg auch zu gehen. Übrigens hat es sich dort herausgestellt, dass eine solche Bibliothekskraft sehr wohl sehr helfend auch den Unterricht begleitet, weil zum Beispiel Schülergruppen teilweise dann eine Deutschstunde lang in der Bibliothek gemacht haben, sich dort kundig gemacht haben über das gesamte Arbeiten, auch die Bibliothek mit genutzt haben. Also insofern ein kluger Weg, und das Geld, was dabei eingespart wird, soll bei den Schulen bleiben.

Vorsitzender: Danke schön. Hatten Sie noch eine Nachfrage, Frau Dr. von Berg? Nein. – Dann Herr Dr. Scheuerl, bitte.

Abg. Dr. Walter Scheuerl: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Es geht ja hier um einen Oppositionsantrag, von dem die SPD-Fraktion schon angekündigt hat, dass sie ihn ablehnen wird. Deswegen will ich mich kurzfassen und nur auf einige wenige Punkte beschränken. Zur Antragshistorie: Der Antrag ist aus dem Oktober 2013. Ja, damals war ich ja auch noch in der CDU-Fraktion, hatte aber schon wegen der handwerklichen Fehler, auf die ich schon damals hingewiesen hatte, darum gebeten, nicht in das Rubrum des Antrags aufgenommen worden, deswegen stehe ich da auch nicht.

Hauptkritikpunkt ist heute angesprochen worden, das Thema gebundene Ganztagschule. Ich will da nur etwas noch anmerken, was bisher hier noch nicht eingeflossen ist in die Diskussion. Es haben ja viele Eltern kritisiert, ihre Sorgen ausgesprochen, dass hier Tür und Tor geöffnet würde, die Hamburger Gymnasien nach und nach oder ganz schnell zu

gebundenen Ganztagschulen zu machen. Ja, das ist nach diesem Antrag, wäre das so, denn was der Bedarf ist, ist im Antrag nicht erläutert, nicht definiert worden. Und damit – wir haben es auch von Herrn Senator Rabe gehört – würde Tür und Tor geöffnet bei dem Begriffsverständnis nämlich, was sowohl Frau Prien für die CDU-Fraktion als auch Herr Senator Rabe angesprochen haben. Beide haben gesagt, das könnte man ja über die Schulkonferenz machen. Da haben wir gute beziehungsweise schlechte Erfahrungen gemacht mit der Einführung der Ganztagsangebote oder Ganztagspakete an den Grundschulen. Denn auch dort hieß es, das würde ja quasi freiwillig über die Schulkonferenzen entschieden, nur in den Schulkonferenzen ist es nun mal faktisch so, dass durch die Besetzung dort und die Über- und Unterordnungsverhältnisse, Lehrervertreter einerseits, Schüler andererseits, die sich dann eher nach dem richten, was die Lehrer sagen, und die Lehrer richten sich nach dem, was der Schulleiter sagt, und was der Vertreter des nicht-pädagogischen Personals sagt, ist auch klar, der richtet sich auch nach dem, was der Schulleiter sagt. Am Ende haben wir jedenfalls bei den Grundschulen erlebt, dass da selbst Grundschulen, wo eigentlich mehrheitlich bei Elternbefragungen eine GBS, also ein freiwilliges Ganztagsbetreuungsprogramm am Nachmittag gewünscht war, dann doch anschließend eine gebundene Ganztagschule daraus wurde. Ich glaube, es war die Rellingner Straße, Frau Dr. von Berg kann das vielleicht bestätigen oder auch nicht.

Jedenfalls, an der Stelle muss ich auch noch Herrn Rabe noch mal – und ich werde es immer wieder tun, wo immer Sie das sagen – darauf hinweisen: Sie sagen immer, wir hätten ja so einen großen Zuspruch bei den GBS-Grundschulen, die seien ja freiwillig, und daran sähe man ja, wie viele Eltern das wollen würden. Herr Rabe, Sie wissen, warum so viele Eltern die GBS-Angebote annehmen müssen, weil Sie ihnen die Kita-Gutscheine weggenommen haben, sofern sie vormittags in einer Grundschule sind, die mit einem Hortträger zusammenarbeitet am Nachmittag, haben Sie die Regelung eingeführt, die dann sagt, dann müssen diese Eltern, wenn sie ein Hortangebot wahrnehmen wollen, entweder ihren Hort selber finanzieren – das können sie nicht – oder eben dann das GBS-Angebot am Nachmittag annehmen. Das ist keine Freiwilligkeit. Deswegen lehne ich einen solchen Antrag, der sagt, bei Bedarf und über die Schulkonferenz die Gymnasien zu gebundenen Ganztagschulen zu machen, ab, aber ich glaube, da haben wir auch die Mehrheit der Eltern hier im Raum deutlich dazu gehört.

Ein weiterer Punkt. Herr Rabe, Sie haben gesagt, Sie würden nicht an die Bildungspläne herangehen wollen. Das ist ja ein guter Punkt hier in dem Antrag. Wo es darum ging, die Kompetenzorientierung aufzulösen, die Bildungspläne zu überarbeiten und mehr wissensorientierte und Wissensinhalte reinzugehen. Da habe ich jedenfalls bei Ihrem Statement – wir können es ja im Protokoll später nachlesen – bei Ihrem Statement rausgehört, Sie wollen nicht einheitliche Bildungspläne machen, das sei ein zu großer Mehraufwand, weil die Schulen und die Kollegen dann zu viel Aufwand hätten. Das Gegenteil ist ja tatsächlich der Fall. Weil Sie die Bildungspläne auf Kompetenzorientierung umgestellt haben im Jahr 2011, und im Prinzip es den Kollegen selber überlassen haben, ihre Curricula für die Schulen auszuarbeiten, haben Sie ja einen immensen Mehraufwand produziert für die Lehrkräfte in den Schulen, die gezwungen waren, überall in jeder Schule, das Rad neu zu erfinden. Und wir alle erinnern uns noch an die Begründung, die Sie dann angeführt haben, als es darum ging, das zweite Lernentwicklungsgespräch abzuschaffen, und auch an die Begründung, als Sie die verbindliche externe zweite, die Gegenkorrektur für das Abitur abzuschaffen. In beiden Fällen haben Sie damit argumentiert, man müsse doch die Lehrkräfte von dem ungeheuren Mehraufwand entlasten, den sie inzwischen durch die vielen Aufgaben hätten – Klammer auf – : zum Beispiel eben das Erfinden neuer Curricula für jede Schule selbst. Also besser wäre es aus meiner Sicht, an der Stelle an die Bildungspläne eben ehrlich ranzugehen und die Inhalte dann auch so festzuschreiben, dass alle Hamburger Schüler am Ende in etwa wirklich auf demselben Wissensstand sind und nicht erratisch von Schule zu Schule unterschiedliche Dinge gelernt haben.

Zum Thema Wiederholung, Klassenwiederholung wieder einführen als pädagogisches Instrument. Das halte ich für unumgänglich. Wir haben jetzt gerade – das werde ich morgen, die Zahlen veröffentlichen – eine Senatsantwort bekommen, aus der hervorging, dass die Zahl der Anträge auf freiwillige Klassenwiederholung geradezu explosionsartig angestiegen ist. Die hat sich verzehnfacht gegenüber den früheren Schuljahren, mit dem ersten Jahrgang, der jetzt ohne sitzenbleiben zu können, in die Abschlussjahrgangsstufe 10 gekommen ist. Da sind plötzlich Hunderte, über 500 Anträge, in den Stadtteilschulen gestellt worden. Über 300 Anträgen ist entsprochen worden, weil dort in Jahrgangsstufe 10 Schüler ankamen, die vorher geglaubt haben, das Leben ist schön, Party machen ist schön, Sitzenbleiben gibt es nicht, Umschulen vom Gymnasium auf die Stadtteilschule gibt es auch nicht, die können machen, was sie wollen, nichts kann passieren. Und dann in Klasse 10 aufgewacht sind, weil sie gemerkt haben, und die Lehrkräfte und die Schulleitung und die Eltern ihnen erzählt haben, hallo, so geht es nicht weiter, du kommst hier aus dem Schulsystem ohne Abschluss raus, du musst wiederholen. Das zeigt, dass das Wiederholen, das Klassenwiederholen, das Sitzenbleiben, ungemein wichtig ist, und ich begrüße es, wenn, welche Fraktion auch immer, diese Anträge so oft stellt, bis sie denn irgendwann mal stattgegeben werden, den Anträgen. Demokratie ist ein zähes Geschäft, das ist so.

Und dann nur noch ein Abschließendes zu der Argumentation, die anderen Bundesländer – das sagen Sie ganz häufig, Herr Senator Rabe –, die anderen Bundesländer würden dies machen und das machen und würden ja weniger machen als Hamburg. Ich denke, wir sollten uns nicht an den anderen Bundesländern orientieren, denn unsere Aufgabe ist es, die Schulen hier in Hamburg so gut wie irgend möglich zu machen. Das ist wichtig. Die anderen Bundesländer sind längst, längst überwiegend in den Kultusressorts, auch SPD- und Grüngeführt. Und das sollte für uns kein Maßstab sein. Wir sollten uns an der Qualität ausrichten und gute Hamburger Schulen gewährleisten.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Senator, bitte.

Senator Rabe: Ja, Herr Scheuerl, Demokratie lebt aber auch davon, dass man Fakten zunächst einmal richtig darstellt und Wahrheit Wahrheit sein lässt. Und deswegen will ich doch ein paar Punkte ergänzen. Ihre Behauptung, durch das Verschließen der Horte sei die Ganztagsbeteiligung angestiegen, ist schlicht falsch. Sollten Sie zumindest an den Fakten Interesse haben, dann bitte ich Sie, Folgendes zu berücksichtigen: In den Horten und den Ganztagschulen waren früher, und zwar vor 2011, zusammen kaum mehr als 22 000 Kinder, 22 000 mit Horten. Nach Schließung der Horte und nach Öffnung der Ganztagschulen im schulischen Grundschulbereich haben wir heute über 42 000 Kinder da. Hier kann man ja nicht davon sprechen, dass sie sonst woanders hingegangen wären, sie sind mehr dazugekommen. Und ich bin schon überrascht, dass Sie, obwohl Sie das genau wissen, jedes Mal etwas anderes behaupten. Und insofern ist hier ein deutliches Signal gewesen, dass mehr Kinder, und zwar nicht die, die jetzt nicht mehr in die Horte können, die sind sowieso in die Ganztagschulen gegangen, die werden gar nicht gerechnet, sondern dass noch mal fast so viele doppelt oben drauf gekommen sind, und die waren vorher eben gerade nicht in den Horten. Und insofern zeigt das sehr wohl und sollte auch deshalb, wie ich finde, als Fakt bei dieser Zuspitzung, die Sie ja gern betreiben, auch wenigstens berücksichtigt werden, dass es hier ganz klar um Eltern geht, die vorher gar keinen Platz hatten, und die jetzt da hinein wollen und zum ersten Mal nur überhaupt die Chance hatten und in den Horten keinen Platz gefunden hatten. Also von daher kann man noch mal zusammenfassend sagen – und das können Sie in allen Drucksachen, überall nachlesen, vermutlich wissen Sie es auch –, dass tatsächlich in der Summe von früheren Ganztagschulen und Horten zusammen rund nur halb so viele Kinder einen Platz hatten, wie jetzt an den Ganztagschulen, und dass diese Verdoppelung ist eine Zunahme von Bürgerinnen und Bürgern, die das wollten. Und das sollte man bei diesen Punkten schon zur Kenntnis nehmen.

Das Gleiche gilt für meinen Wortbeitrag bei den Bildungsplänen. Ich muss schon sagen, ich bin doch etwas überrascht. Und es gab hier sogar in der Opposition ständiges Kopfschütteln. Ich hatte extra gesagt, Herr Scheuerl, dass ich es für richtig halte, über die Kompetenzen hinaus den Lehrplänen wieder eine klarere, stoffliche Orientierung zu geben. Und dass das ein schwieriges Unterfangen ist, weil mittlerweile einzelne Schulen eigene stoffliche Curricula geschrieben haben, und hatte deshalb gesagt, dass das sicherlich auch den parteilichen Konsens braucht, dass man aber sehr wohl an den Lehrplänen weiterarbeiten muss und die Lehrpläne an dieser Stelle eine Klärung oder eine Schärfung auch verkraften können. Und das ist auch etwas, was aus meiner Sicht in den nächsten Monaten sich genau angeguckt werden muss. An einzelnen Punkten hatten wir schon etwas getan, ich kann mir das auch im größeren Umfang für andere Lehrpläne vorstellen.

Und drittens: Wenn Sie jetzt sagen, dass Sie demnächst die Öffentlichkeit informieren über den dramatischen Anstieg des Sitzenbleibens, bitte, auch hier, gucken Sie sich die alten Zahlen an. Die sind höher, Herr Scheuerl, die sind höher. Und wenn Sie darüber hinaus auf die hohen Sitzenbleiberzahlen in Klasse 10 verweisen, dann bitte ich Sie, auch zu berücksichtigen, dass die nicht deshalb sitzenbleiben, weil sie so schlecht waren, sondern dass sie freiwillig wiederholen wollen, um noch in die Oberstufe zu kommen. Denn die wollen die sogenannte doppelte Drei noch irgendwie schaffen, das heißt, eine Durchschnittsnote von 3,0 über alle Fächer, und eine Durchschnittsnote von 3,0 in den Kernfächern, weil das zum Übergang in die Oberstufe berechtigt. Das sozusagen in das große Thema Sitzenbleiben mit reinzumarmeln, ist denn doch eine etwas gewaltsame Orientierung der Argumentation. Ich bitte, auch diese Besonderheiten zu berücksichtigen.

Vorsitzender: Dann hat Frau von Treuenfels das Wort, bitte schön.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels: Ja, ich wollte noch einen kurzen Nachsatz anbringen, der wirklich sich darauf bezieht, dass ich, was ich ja sehr selten tue, hier den Schulsenator jetzt mal – ich will nicht gerade sagen, loben, soweit will ich es nicht kommen lassen –, aber immerhin das sehr befürworte – das ist natürlich ironisch gemeint, Herr Senator, das wissen Sie –, dass Sie sich jetzt dazu bereiterklären, dass wir an die Bildungspläne beziehungsweise an die Curricula gehen und dass wir da wieder mehr anstelle von nur Kompetenzen – ich habe drei Kinder in der Schule, und ich finde das wirklich ziemlich abenteuerlich, was ich da zum Teil erlebe – wieder mehr Inhalte und mehr zu einem wirklich stofflichen Kanon kommen, das begrüße ich sehr. Wir werden Sie aber auch darauf festnageln, das möchte ich Ihnen auch gleich dazu sagen. – Danke schön.

Vorsitzender: Gut, dann gibt es eine weitere Wortmeldung von Frau Prien, bitte schön.

Abg. Karin Prien: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bin so froh, dass wir ein Wortprotokoll haben, weil so viele Dinge offensichtlich, die wir hier sehr deutlich formuliert haben, wieder von Einzelnen – natürlich aus nachvollziehbaren Gründen – anders wahrgenommen werden. Deshalb will ich es noch mal wiederholen: Ich habe sehr deutlich gesagt, der Bedarf für die Fortentwicklung von Gymnasien zu Ganztagschulen gebundener Art, den bestimmen die Eltern. Das ist eine ganz klare Aussage, und ich habe auch von niemandem hier gehört, der dem widersprochen hätte. Und ich habe hinzugefügt, diesen Bedarf bestimmen sie mit in den Schulkonferenzen, aber ich würde jeder Schulkonferenz auch nahelegen – und darüber muss man dann eben mal sprechen, auch das habe ich gesagt –, ob nicht vor Schulkonferenzentscheidungen auch ein Meinungsbild in der Elternschaft tatsächlich herbeigeführt wird. Das ist, glaube ich, eine klare Aussage. Und im Übrigen gilt ja 13 Absatz 2 Hamburgisches Schulgesetz. Da steht ja auch nicht drin in unserem Antrag, dass wir den etwa abschaffen oder ändern wollten. Wobei, Herr Scheuerl und Frau von Treuenfels, das ist ja interessant, wie das mit der Halbtagsgarantie ist bei Gymnasien, die ohnehin Ganztagschulen besonderer Prägung sind. Das ist juristisch wirklich eine spannende Frage, und darüber müssten wir uns dann vielleicht demnächst mal unterhalten, wie das denn in Wahrheit zu interpretieren ist. Das ist der eine Punkt.

Ich will auch ausdrücklich sagen, ich freue mich sehr, und schon deshalb hat sich dann der Abend heute gelohnt und hat sich der Antrag gelohnt, dass wir offensichtlich einen Konsens darüber haben, dass wir über die Bildungspläne und deren Kompetenzorientierung gemeinsam sprechen wollen. Das ist gut, das ist auch eine gute Nachricht für die Hamburger Schülerinnen und Schüler. Und das zeigt, glaube ich auch, dass man gemeinsam die Dinge über eine Zeitlang beobachten kann und dann auch zu ähnlichen Einschätzungen kommen kann. Ich finde, das ist ein grundsätzlich positiver Befund in einem Diskurs, der natürlich zwangsläufig häufig streitig ist, und dass wir das auch noch in Wahlkampfzeiten können, das, finde ich, ist eine feine Sache.

Was ich nicht nachvollziehen kann, Herr Senator, und das muss ich noch mal ausdrücklich sagen, das ist sowohl beim Thema Klassenwiederholung als auch beim Thema Durchlässigkeit. Und da muss ich auch noch mal auf Sie eingehen, Frau von Treuenfels, wir waren ja nie gegen die Durchlässigkeit, wir haben immer nur gesagt, die Durchlässigkeit gibt es. Es gibt die Durchlässigkeit, wir haben mehr Wechsler, als wir je zuvor hatten. Es geht also nicht um die Frage, ob man Durchlässigkeit zulässt, sondern es geht um die Frage, wie man sie regelt. Und Sie haben selber, Herr Senator, diese wirklich tragischen Fälle genannt. Und ich finde, es ist unverantwortlich, Kinder und Jugendliche bis zur Klasse 10 mit durchlaufen zu lassen, um ihnen dann zu sagen, das schaffst du jetzt leider nicht, und deshalb musst du mal sehen, wo du bleibst. Vielleicht findest du einen, der dich in eine Klasse zurückgehen lässt, vielleicht findest du eine Stadtteilschule, die dich aufnimmt. Das ist eine Art und Weise des Umgangs mit Jugendlichen, die finde ich nicht in Ordnung, und da muss dringend etwas geschehen. Und dann ist, glaube ich, besser, auch wenn man nicht die Schleusen öffnen will wie zuvor, da sind wir ja völlig bei Ihnen, aber da muss eine Regelung her, die zumindest im Einzelfall, und zwar nicht nur bei Entscheidungen durch die Schulbehörde, die Möglichkeit, sowohl die Klassenwiederholung ausdrücklich zulässt, und das Gleiche gilt auch für die Durchlässigkeit.

Ich will zum Verfahren vielleicht sagen, wir haben den Antrag gestellt. Wir halten ihn auch nicht für erledigt, Herr Holster. Es gibt zwar einzelne, kleine Punkte, an die Sie sich rangemacht haben, das gilt insbesondere für die Prüfungstermine, die besser koordiniert werden sollen. Das erkennen wir an, das ist aber ein bisschen schwierig, den in einem Halbsatz für erledigt zu erklären. Insofern sehen wir im Augenblick keine Veranlassung, den Antrag zurückzunehmen, sondern würden den aufrechterhalten und dann stimmen wir darüber ab und dann...

Vorsitzender: Gut. Wollten Sie noch darauf eingehen, Herr Senator, auf den Beitrag? – Dann habe ich eine weitere Wortmeldung von Frau Dr. von Berg. Bitte schön.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, da muss ich mich doch noch mal zu Wort melden, weil gerade die ganze Diskussion um dies Thema Kompetenzorientierung ein bisschen drunter und drüber geht. Also mit 24 Jahren pädagogischer Erfahrung als Lehrerin und Lehrerausbildung muss ich einfach noch mal deutlich hier in diesem Raum sagen: Kompetenzen beinhalten Wissen, Kompetenzen sind nicht inhaltsleer. Kompetenzen heißen Wissen, Können, Haltung, Motivation. Sie sind sehr viel weiter gefasst als Inhalte. Und deswegen haben wir auch die Kompetenzorientierung bundesweit und international, weil es weggeht vom Eunenwissen, wo man weiß, was man können sollte, aber es nicht anwenden kann, hin zum echten Wissen, das heißt, zum Anwendenkönnen mit einer bestimmten Haltung, mit einer bestimmten Motivation. Dass Schulen – und da bin ich durchaus auch der Meinung –, dass Schulen wirklich Unterstützung brauchen bei der Entwicklung schuleigener Curricula, wie soll es nun genau umgesetzt werden, da bin ich absolut dafür, das weiß ich nun auch aus meiner langjährigen Erfahrung.

Aber nun noch mal an die Bildungspläne wirklich ranzugehen und sie wieder vom Kopf auf die Füße... also, von den Füßen auf den Kopf zu stellen, oder wie auch immer, wieder zu

Inhaltsorientierung zu kommen, wenn das denn gemeint sein sollte, davor möchte ich dringend warnen. Weil wieder dahinführt, dass letztendlich zwar viel gelernt wird, viel in der Klausur aufgeschrieben wird, aber nichts wirklich verstanden und gekonnt wird. Und dafür möchte ich wirklich noch mal eine Lanze brechen. Im Übrigen beantrage ich, punktweise, ziffernweise Abstimmung des Antrags.

Vorsitzender: Gibt es weitere Wortmeldungen jetzt? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Es ist beantragt worden, den ziffernweise abzustimmen. Dann rufe ich jetzt auf den Antrag Drucksache 20/9580, beginne mit dem Punkt 1.

Wer dem folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Dann ist das abgelehnt. Das war also eben Zustimmung bei CDU, FDP? Sie waren dagegen? Ja. CDU und GRÜNE waren dafür. Danke schön, die anderen waren dagegen. Bitte um Entschuldigung.

Dann kommen wir jetzt zum Punkt 2. Wer dem folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Dann ist das zugestimmt von CDU, FDP, GRÜNE und gegen die SPD, also abgelehnt.

Punkt 3. Wer dem folgen möchte, darf ich um das Handzeichen bitten. – GRÜNE, CDU und FDP, und Gegenstimmen bei der SPD. Abgelehnt.

Punkt 4. Wer dem folgen möchte, darf ich um das Handzeichen bitten. – FDP, CDU, GRÜNE. – Gegenstimmen SPD, abgelehnt.

Punkt 5. Wer dem folgen möchte, den darf ich ebenfalls um das Handzeichen bitten. – Das sind CDU und FDP. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Bei Enthaltung der GAL.

(Zuruf: GRÜNEN!)

Bei den GRÜNEN, entschuldigen Sie bitte. Ich bringe es immer wieder durcheinander. Ich bekomme in Altona schon genug Ärger immer mit den Freunden. Das waren Zeiten, nicht, Herr Edler. – Zustimmung FDP und CDU. – Enthaltung bei den GRÜNEN. – Und Gegenstimmen bei der SPD. Ebenso abgelehnt.

Punkt 6. Wer dem folgen möchte, darf ich um das Handzeichen bitten. – Das ist Zustimmung von CDU, FDP und den GRÜNEN. – Und Gegenstimmen? War nicht anders zu erwarten.

Punkt 7. Wer dem folgen möchte? – CDU und FDP. – Gegenstimmen? SPD und GRÜNE. Abgelehnt.

Punkt 8. Wer möchte dem zustimmen? – FDP, CDU. – Gegenstimmen? SPD und GRÜNE. Ebenso abgelehnt.

Punkt 9. Zustimmung? Bei der CDU, bei der FDP? – Gegenstimmen? Bei der SPD und den GRÜNEN.

Dann kommen wir zum Punkt 10. Wer dem zustimmen möchte? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Also: Zustimmung CDU, Gegenstimmen SPD, Enthaltung bei den GRÜNEN und der FDP. Dann ist das ebenso abgelehnt.

Gut, okay. Dann schließe ich diesen Punkt ab und wir schließen damit auch die Phase des Wortprotokolls. Das ist dann hier beendet.

Sitzungspause 19:25 bis 19:48

TOP 3

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Verschiedenes

Die SPD-Abgeordneten schlugen für die letzte Sitzung des Schulausschusses am 16. Januar 2015 in der laufenden Wahlperiode vor, grundsätzlich alle ausstehenden Drucksachen abzuschließen. Bei den Drucksachen zur Erzieherausbildung müsse der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss allerdings eine Stellungnahme abgeben, der bisher nicht vorliege.

Die FDP-Abgeordnete beantragte, die Drucksachen zur Erzieherausbildung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Die Abgeordnete der Fraktion die GRÜNEN schlug vor, die Obleute des Schulausschuss sollten sich intern abstimmen.

Der Ausschussvorsitzende trug die für den Schulausschuss noch offenen Drucksachen vor und plädierte dafür, die offenen Punkte auf die kommende Tagesordnung zu setzen.

Wolfhard Ploog (CDU)
(Vorsitz)

Lars Holster (SPD)
(Schriftführung)

Sabine Dinse
(Sachbearbeitung)